

Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen
der Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben und Verwaltungen

Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 36
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag
Bezugspreis:
monatlich durch die Post 50 Pf.

Zu den Wahlen am 17. November

Nur wenige Tage trennen uns noch von den Stadtverordnetenwahlen, die in fast allen einzelnen Staaten Deutschlands am 17. November stattfinden. Wir haben wiederholt zu einzelnen Kapiteln der Gemeindepolitik Stellung genommen und möchten darum unseren Lesern nur noch erneut in Erinnerung bringen, was auf dem Spiele steht. — Seit Jahr und Tag wird nicht nur von Seiten des Unternehmertums gegen die öffentlich-rechtlichen Betriebe angegannt, sondern auch weite Kreise des Bürgertums sind der Meinung, daß in den Gemeindeverwaltungen die wirtschaftlichen Betriebe eine zu große Ausdehnung erfahren haben. Es ist freilich festzustellen, daß die Gemeinwirtschaft im letzten Jahrzehnt erfreulich vorangekommen ist. In Verbindung damit aber muß auch daran erinnert werden, daß selbst weite Kreise der kleinen Bürger und Sozialrentner, Arbeitsinvaliden und anderer in erhöhtem Maße die Gemeindefürsorge in Anspruch nehmen mußten, so daß in den meisten Städten eine Verdreifachung, zum Teil sogar eine Verfünffachung des Etats der Sozial- und Wohlfahrtsfürsorge erforderlich wurde. Diese soziale Wohlfahrt wird nicht mehr in Form von Armenunterstützung gegeben, sondern sie wird gewährleistet als Rechtsanspruch. Daraus allein ergibt sich eine so gewaltige Belastung, daß nur mit Hilfe der Ueberschüsse, die von den städtischen Werken geleistet werden, der Etat ausgeglichen werden kann. Ähnlich liegt es auf dem Gebiete der sozialen Hygiene und der Wohnungspolitik.

Gewiß sind die Gesamtergebnisse der deutschen Wohnungspolitik — gemessen an der Wohnungsnot — durchaus unbefriedigend. Bringt man sich aber in Erinnerung, was in den letzten fünf Jahren in fast allen Großstädten — insonderheit auch in Berlin — von Seiten der städtischen Verwaltung an Siedlungswohnungen und Reihenhäusern gebaut worden ist, so muß man doch sagen, daß wir auf diesem Gebiet in gewissem Sinne eine wahre Revolution erlebt haben. Die städtische Bauordnung wurde völlig umgestellt. Die Methode der Vorkriegszeit, eine Front von vierstöckigen Mietkasernen mit drei Hinterhöfen und entsprechenden Quergebäuden und Seitenflügeln aufzurichten, so daß in die Wohnungen weder Luft noch Sonne gelangen konnte, ist vorüber. Heute ist unsere Bauordnung so, daß entweder nur Randbebauung zulässig ist oder es wird Siedlungshaus mit Garten gebaut. In der Tat kann man sagen, daß sich hier eine Umwälzung in weitem Ausmaß vollzogen hat. Und es ist alles daran zu setzen, daß wir auf diesem Gebiet weiter vorwärtskommen.

Es wird also im Interesse der Volksgesundheit erforderlich sein, alles zu tun, diese Bestrebungen der sozialen Hygiene

nicht nur beim Wohnungswesen, sondern auch bei den neuen Schulbauten, bei den Spiel- und Sportplätzen, neuen großen Parkanlagen usw. zur Durchführung zu bringen. Hierzu bedarf es einer starken Hand, und trotz allen Geschreis aus Anlaß des Sklarek-Falles (der in der Tat eine höchst unerfreuliche Korruption verschiedener Personen in den verschiedenen Parteien aufgedeckt hat) ist doch das offenkundige Bestreben des Bürgertums darauf gerichtet, alles zu vertuschen, was den eigentlichen Skandal der Millionenunterschlagung anlangt und was auf ganz anderem Gebiete liegt, nämlich bei den Bankkrediten.

Im übrigen ist in der Privatindustrie das Sklarek-System der kleinen Geschenke und Bestechungen sozusagen gang und gäbe. Und diejenigen, die gegenwärtig die starke Entrüstung mimen, sind am wenigsten dazu berechtigt. Das trifft natürlich auch für die Kommunisten zu. Wir bringen nur in Erinnerung, daß die Kommunisten Gäbel und Degner die Verträge mit der Firma Sklarek auf eigene Faust verlängert haben, daß sich Gäbel sogar gegen den sozialdemokratischen Bürgermeister Dr. Herz wandte, weil das Bezirksamt Kreuzberg bei anderen Firmen kaufte. Wir erinnern daran, daß auch die kommunistische Presse, wie „Die Welt am Abend“, ihre Kritik zurückgehalten hat mit Rücksicht auf Inseratenaufträge, daß für die kommunistische „Rote Hilfe“ von Sklarek mehrere Wagen, Kleidungsstücke „umsonst“ ausgegeben wurden. Wir erinnern ferner daran, daß auch die Deutschnationalen nachweislich sogar sehr tief in diesem Sklarek-Sumpfwaten; denn sie haben Parteigelder zur Agitation von Sklarek erhalten, was der Antisemit Bruhns aufdeckte, der übrigens ebenfalls Inserate zur Beschwichtigung von den Sklareks erhielt.

Es ist sehr bedauerlich, daß auch Sozialdemokraten an diesem Vorgang beteiligt sind. Wir sind der Meinung: Es kann gar nicht scharf genug durchgegriffen werden von Seiten der Parteiorganisation. Aber es ist doch feststehend, daß bei vergrößerten Lieferungen des Privathandels sich noch viel mehr Sklareks bereichern würden. Darum sind wir der Auffassung: Am 17. November muß entschieden werden im Sinne der wirtschaftlichen sozialdemokratischen Forderungen. Dabei soll auch noch daran erinnert werden, daß wir gleichzeitig an vielen Stellen Provinziallandtagswahlen und Kreistagswahlen haben. Auch hier stehen die wirtschaftlichen Interessen der Gemeindearbeiter, insbesondere der Chauffearbeiter sowie der Kollegen des Gesundheitswesens in hohem Maße auf dem Spiele, und wir erwarten deshalb möglichst zahlreiche aktive Teilnahme an den Wahlen am 17. November.

Wählt die Kandidaten der Sozialdemokratie!

Die Schulden der Gemeinden

Laufzeit, Geldgeber, Verzinsung und Verwendung

Nach der Erhebung des Statistischen Reichsamtes hatten die gesamten Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände am 31. März 1928 eine Höhe von 5774,7 Millionen Mark. Die strittige Altverschuldung ist in dieser Summe nicht enthalten. Von dieser Gesamtschuld sind 89,6 Millionen Mark Festwert- und Dalutaschulden, 1048,6 Millionen Mark stammen aus der Altverschuldung und 4636,5 Millionen Mark stellen die Neuverschuldung dar. Diese neuen Schulden sind in den Jahren nach der Festigung der Währung in der Hauptsache auf dem deutschen Kapitalmarkt aufgenommen worden. Für den Betrag von 541,5 Millionen Mark wurden ausländische Geld- und Kapitalmärkte in Anspruch genommen. Die inländische Neuverschuldung beträgt also 4095,0 Millionen Mark, von denen auf mittel- und kurzfristige Schulden 1524,6 Millionen Mark und auf langfristige Schulden (Inhaberschuldverschreibungen, Tilgungsdarlehen und Hypotheken) 2570,4 Millionen Mark entfallen.

Dor dem Kriege war die fundierte Schuld mit regelmäßiger Tilgung die Hauptform der Schuldenaufnahmen der Gemeinden. Kurzfristige Kredite wurden nur verhältnismäßig selten und in der Regel nur aufgenommen, um vorübergehenden Schwierigkeiten zu begegnen. Dieses Verhältnis hat sich während der letzten Jahrzehnte verschoben. Die obenstehende Gegenüberstellung zeigt, daß mehr als ein Viertel der Gemeindefschulden aus kurz- und mittelfristigen Krediten stammt. Die Veröffentlichung des Reichsamtes spricht in diesem Zusammenhange von „den sinnfälligsten Wandlungen in der Struktur des kommunalen Kredits“. Die Ursachen dieser veränderten Struktur sind vor allem in der Knappheit des langfristigen Leihkapitals, die fast unverändert seit der Stabilisierung der Währung besteht und dann auch wohl in dem Bestreben der kommunalen Körperschaften zu suchen, das dahin geht, sich nicht für lange Zeit an die sehr hohen Zinssätze des inländischen Kapitalmarktes zu binden.

Die Kreditgewährung an die Gemeinden geschieht heute in stärkerem Maße als vor dem Kriege durch die Sparkassen, Stadt- und Kreisbanken, also durch öffentlich-rechtliche Institute. Auch die Landesbanken, die meistens mit einer bestimmten Provinz verbunden sind, kommen für die Kapitalversorgung der Gemeinden innerhalb des Provinzialverbandes in Frage. Weiter hat die kommunale Giroorganisation durch die Ausdehnung des bargelblosen Zahlungsverkehrs in der Nachkriegszeit für den kommunalen Kredit an Bedeutung gewonnen. Die Versorgung besonders der mittleren und kleinen Gemeinden mit Anleihemitteln wird fast ausschließlich vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband und von den örtlichen Giroverbänden besorgt.

Die nachstehende Gegenüberstellung ermöglicht eine Uebersicht über die inländische Neuverschuldung (ohne Hypotheken) der Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern nach Gläubigern gegliedert.

Gläubiger	Inlandsschulden		Zusammen
	langfristig	kurz- und mittelfristig	
In Millionen Mark			
Girozentralen, Landesbanken . . .	565,6	498,9	1064,5
Spar- und Girokassen, Stadtbanken	172,0	202,0	374,0
Versicherungsanstalten	171,6	68,3	239,9
Sonstige	2,4	7,4	9,7
Öffentliche Gläubiger	911,6	776,6	1688,1
Hypothekenbanken	257,6	61,5	319,1
Sonstige Banken	41,3	286,9	328,2
Versicherungsgesellschaften	18,7	17,7	36,4
Sonstige	14,6	110,8	125,4
Private Gläubiger	332,2	476,9	809,1
Unbestimmte Gläubiger	381,0	13,0	394,0
Zusammen	1624,8	1266,5	2891,3

Von dem Gesamtbetrag der inländischen Neuverschuldung in Höhe von 2891,3 Millionen Mark stammen 1438,5 Millionen Mark (49,7 Proz.) von kommunalen Kreditinstituten; 8,3 Proz. entfallen auf öffentliche Versicherungsanstalten. Der Anteil der privaten Geldgeber beträgt 28,0 Proz. und der der unbestimmten Gläubiger 13,6 Proz. Der große Einfluß der öffentlichen Gläubiger wird noch besser sichtbar bei der gesonderten Betrachtung der langfristigen Schulden. Von der langfristig aufgenommenen Summe von 1243,8 Millionen Mark entfallen 73,3 Proz. auf öffentliche und 26,7 Proz. auf private Gläubiger. Bei den kurz- und mittel-

fristigen Schulden verschiebt sich das Verhältnis etwas zugunsten der privaten Geldgeber. Von den 1253,5 Millionen Mark dieser Schuldenart kommen 61,9 Proz. auf öffentliche und 33,1 Proz. auf private Gläubiger.

Die gesamten Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände werden für den 31. März 1928 mit 5774,7 Millionen Mark beziffert. Werden die Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern unberücksichtigt gelassen, ergeben sich Gesamtschulden in Höhe von 4724,2 Millionen Mark. Die Verzinsung von 2096,6 Millionen Mark liegt über 6 Proz. bis einschließlich 8 Proz. Höher verzinst werden muß der verhältnismäßig hohe Betrag von 1030,7 Millionen Mark. Diese hohen Zinssätze sind mit dem großen Anteil der kurz- und mittelfristigen Schulden zu erklären. Trotzdem wird noch ungefähr ein Drittel der Gesamtschuld mit 6 Proz. und niedriger verzinst. Im Gesamtdurchschnitt ergibt sich für die Schulden der Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern und der Gemeindeverbände ein Zinssatz von 7,013 Proz. Im einzelnen zeigt sich folgendes Bild:

	Mill. Mark		Mill. Mark
Bis 3% einschließlich werden verzinst	18,3	über 7% bis unter 8% werden verzinst	415,0
über 3% bis 6% werd. verzinst	1061,7	mit 8% werden verzinst	545,1
mit 6% werden verzinst	343,9	über 8% bis unt. 10% werden verzinst	810,1
über 6% bis unter 7% werden verzinst	368,6	mit 10% und darüber werden verzinst	198,7
mit 7% werden verzinst	665,5		

Die Verzinsung liegt für mehr als eine Milliarde Mark unter 6 Proz., davon sind 924,0 Millionen Mark Ablösungs- und Aufwertungsschulden, die mit 5 Proz. zu verzinsen sind. Für die gesamten Schulden der kommunalen Körperschaften in Höhe von 5774,7 Millionen Mark errechnet das Statistische Reichsamt einen Betrag von mindestens 400 Millionen Mark, der bei gleichbleibender Schuldsumme alljährlich an Zinsen bereitgestellt werden muß.

Die Laufzeit der Schulden der Gemeinden geht aus der nachstehenden Zusammenstellung hervor:

Laufzeit	In Mill. Mark
I. Langfristige Schulden	3 156,5
II. Mittelfristige Schulden:	
10 und mehr Jahre fest	34,1
5 bis 10 Jahre fest	336,5
5 bis 10 Jahre mit Tilgungen	28,6
1 bis 5 Jahre mit Tilgungen	24,0
Zusammen	423,1
III. Zwischenkredite:	
1 bis 5 Jahre fest	226,9
Ohne feste Laufzeit	277,3
Zusammen	504,2
IV. Kurzfristige Schulden:	
3 bis 12 Monate	601,1
1 bis 3 Monate	35,2
Bis 1 Monat	4,0
Zusammen	640,3
Gesamtbetrag	4 724,2

Was grundsätzlich zur Laufzeit der Schulden zu erwähnen war, ist eingangs bereits gesagt worden. Die Aufstellung zeigt, daß zwei Drittel der Gesamtschulden langfristig geliehen worden sind. Es sind dies solche Kredite, die direkt oder durch die Vermittlung einer Bank in der Form von Inhaberpapieren aufgenommen worden sind. Die langfristigen Kredite werden oft auch als fundierte Schulden bezeichnet. Ihre Rückzahlung geschieht in Jahresraten, die in den ordentlichen Haushaltsrechnungen der Gemeinden ausgewiesen werden. Die mittelfristigen Schulden und Zwischenkredite sind weder fundierte noch schwebende Schulden, sie müssen in der Regel ein bis zehn Jahre nach der Aufnahme an einem bestimmten Fälligkeitstermin auf einmal zurückgezahlt werden. Die kurzfristigen Schulden sind entweder Darlehen mit einer Laufzeit von weniger als einem Jahr oder Kontokorrent- und Wechselsschulden.

Von erheblicher Bedeutung für die öffentliche Finanzwirtschaft ist es, welche Verwendung das geliehene Kapital in den Haushalten der kommunalen Körperschaften gefunden hat. Die Statistik des Reichsamtes erstreckt sich auch auf den Verwendungszweck der nach der Währungsstabilisierung aufgenommenen Schulden:

Verwendungszweck	Auslands-	Inlands-	Zusammen
	schulden	schulden	
In Millionen Mark			
I. Kämmererverwaltungen			
1. Allgemeine Verwaltungen	0,5	62,9	63,4
2. Bildungswesen	1,1	135,8	136,9
3. Wohlfahrtswesen	0,9	225,6	226,5
4. Wohnungs- u. Siedlungswesen	9,2	782,3	791,5
5. Wirtschaft und Verkehr	5,0	512,8	517,8
6. Besondere Anstalten und Einrichtungen	6,1	128,4	134,5
Summe I	22,8	1847,8	1870,6
II. Vermögensverwaltung	9,6	385,2	394,8
III. Unternehmungen und Betriebe			
1. Versorgungsbetriebe	334,3	198,4	532,7
davon:			
Gasversorgung	62,6	52,3	114,9
Wasserversorgung	63,0	40,2	103,2
Elektrizitätsversorgung	208,6	105,9	314,5
2. Verkehrsunternehmungen	133,5	154,5	288,0
3. Sonstige Unternehmungen	7,1	235,5	242,6
davon:			
Schlacht- und Viehhöfe	1,0	23,4	24,4
Markt- und Messiehallen	2,5	25,4	27,9
Siegeleien, Gruben	—	11,4	11,4
Sparkassen, Banken	0,1	56,5	56,6
Land- und Forstwirtschaft	—	72,9	72,9
Sonstige	3,5	45,8	49,3
Summe III	474,8	588,5	1063,3
IV. Sonstige Verwendungen	16,7	366,2	382,9
Summe I bis IV	523,9	3187,7	3711,6

Die Art der Verwendung der Kredite der Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern wird für 3711,6 Millionen Mark angegeben. Etwa die Hälfte dieser Summe ist zur Erfüllung solcher Aufgaben verwendet worden, die die Kämmererverwaltungen zu erfüllen haben. Der Anteil der Auslandsanleihen ist hier sehr klein, er beträgt nur 22,8 Millionen Mark. Ein anderes Verhältnis zeigt sich bei den Unternehmungen und Betrieben. Von dem Kapitalbedarf dieser Einrichtungen in Höhe von 1063,3 Millionen Mark wurden 474,8 Millionen Mark durch Auslandsanleihen aufgebracht. Es zeigt sich hier mit aller Deutlichkeit, daß der bei weitem überwiegende Teil der von den Gemeinden auf den Kapitalmärkten des Auslandes aufgenommenen Schulden innerhalb der wirtschaftlichen Unternehmungen der Gemeinden eine solche Verwendung gefunden hat, die eine Verzinsung und Tilgung der Schulden aus den laufenden Uberschüssen dieser Unternehmungen sicherstellt. Von einer unproduktiven Verwendung der von den kommunalen Körperschaften aufgenommenen Auslandsanleihen, wie es die private Wirtschaft aus Konkurrenzneid hinzustellen beliebt, kann daher nicht die Rede sein. Was jedem privaten Unternehmen gestattet ist, nämlich ausländisches Kapital aufzunehmen und zu investieren, das ist den öffentlichen Unternehmungen, deren Finanzkraft in der Regel viel größer ist als die eines Privatbetriebes, wenn auch nicht direkt verboten, so doch durch das Wirken der „Beratungsstelle“ für Auslandsanleihen beträchtlich erschwert.

Die insgesamt für die Gemeindeunternehmungen und -betriebe verwendete Summe von 1063,3 Millionen Mark erscheint klein, wenn man an die umfangreiche wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden denkt. Es sind aber auch in diesem Betrage nur diejenigen Summen enthalten, die die kommunalen Körperschaften ihren Betriebsverwaltungen direkt zugeführt haben. Alle Anleihen, welche die selbstständigen kommunalen Werke auf ihren eigenen Namen aufgenommen haben, sind unberücksichtigt geblieben. — Dann muß noch erwähnt werden, daß sich in der unter „Sonstige Verwendungen“ aufgeführter Summe von 382,9 Millionen Mark eine Kassenreserve von rund 215 Millionen Mark befindet. Es sind dies die Barbestände und Bankguthaben der Gemeindekassen zu verstehen, aus denen die laufenden Zahlungen geleistet werden müssen.

Zum Schluß noch eine Gegenüberstellung: die Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände hatten im Jahre 1907 eine Höhe von 7359,9 Millionen Mark. Für einen späteren Zeitpunkt sind einwandfreie Zahlen nicht zu ermitteln, es ist aber anzunehmen,

daß die Gesamtschuld im letzten Vorkriegsjahr den oben genannten Betrag erheblich überstiegen hat. Auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet ergibt sich für 1907 (rund 63 Millionen Einwohner) ein Betrag von 116,81 Mk. Nach der Erhebung des Statistischen Reichsamtes hatten die Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände am 31. März 1928 eine Höhe von 5774,7 Millionen Mark. Die Wohnbevölkerung des Reichs kann man für diesen Zeitpunkt mit rund 64 Millionen schätzen, so daß sich auf den Kopf der Bevölkerung ein Betrag von 90,23 Mk. ergibt. Wird die gesunkene Kaufkraft des Geldes in Rechnung gestellt, kann von einer Uberschuldung der kommunalen Körperschaften in der Nachkriegszeit billigerweise nicht gesprochen werden. Aber auch wenn man den Gebietsverlust infolge des Krieges berücksichtigt, der mit einem Verlust von 6,6 Millionen Menschen verbunden war, dann läßt sich behaupten, daß sich die gegenwärtige Verschuldung der Gemeinden in durchaus vernünftigen Grenzen hält. K. K.

Der Generalstreik in Lettland

über den die bürgerliche Presse falsche und tendenziöse Darstellungen gab, erhalten die Presseberichte des Internationalen Gewerkschaftsbundes folgenden Bericht: „Am 18. Oktober fand in Lettland unter Führung der freigewerkschaftlichen Landeszentrale und der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei ein eintägiger Generalstreik statt. Es war ein mächtiger Protest der lettlandischen Arbeiterschaft gegen die Angriffe einer ausgesprochen reaktionären Regierung auf zahlreiche wirtschaftliche, soziale und politische Errungenschaften der Arbeiter. Konstitutionswidrig und ohne Zustimmung des Parlaments nahm die Regierung einige Tage vor der Parlamentseröffnung plötzlich insgeheim eine weitgehende Verschlechterung des Krankenversicherungsgesetzes vor. Die Selbstverwaltung der Versicherten in den Krankenkassen wurde vernichtet und die Verwaltung der Krankenkassen in die Hände der Unternehmer gespielt. Die staatlichen Zuschüsse zu den Krankenkassen wurden von 2 auf 1 Proz. herabgesetzt und gleichzeitig führte die Regierung eine allgemeine „Reorganisation“ durch. Nach dieser Reorganisation muß Lettland zu den reaktionärsten faschistischen Ländern gerechnet werden. Zahlreiche weitere Verschlechterungen sind bereits geplant: Verlängerung der Arbeitszeit, Erhöhung der Mieten, Einführung hoher Lohnsteuern, Verteuerung des Brotes, Terrorisierung der Arbeiter durch sogenannte „Arbeiterpässe“, Einschränkung der politischen Freiheiten und der ganzen Demokratie. Kurz: alle fundamentalen Errungenschaften der Arbeiterschaft sind in Gefahr! Eine gewaltige Protestkampagne der Arbeiterorganisationen zeigte die allgemeine Empörung gegen dieses schamlose Vorgehen der Reaktion und die unerhörte Vergeewaltigung der Verfassung. Um den Absichten der Reaktion eine Grenze zu ziehen, griff die Arbeiterschaft zuletzt zu der schärfsten Waffe: zum Generalstreik. Wenn wir die außerordentlich schwierigen Verhältnisse in Lettland und die schwierige wirtschaftliche Lage der lettlandischen Arbeiter in Betracht ziehen, so muß der Verlauf des Generalstreiks als glänzend bezeichnet werden. Es streikten alle Trambahnangestellten und Chauffeure, Hafen- und Transportarbeiter, 80 Proz. der Industriearbeiter und Handelsangestellten, sowie viele andere Berufe. Wenn an dem Generalstreik nicht die vollen 100 Proz. der Arbeitnehmer teilnehmen konnten, so ist dies hauptsächlich auf den schrecklichen Terror der Regierung zurückzuführen. Um den Streik zu brechen, wurde nicht nur die ganze Polizei, sondern auch die Armee und die faschistische Heimwehr gegen die Arbeiter mobilisiert. Alle Eisenbahnstationen wurden von der Polizei und der Heimwehr besetzt. Selbst auf den Lokomotiven fuhren Bewaffnete mit. Alle größeren Unternehmungen wurden von der Polizei und der Armee „geschützt“. Die Streikposten und Streikenden wurden in brutalster Weise verjagt, mit Gummiknüppeln bearbeitet, verhaftet und in typischer faschistischer Weise terrorisiert. In manchen Fällen wurde sogar auf die Streikenden geschossen. Ein Genosse wurde dabei schwer verwundet. Die ausgesprochen faschistische Einstellung der jetzigen reaktionären Regierung ist nicht mehr zu verkennen. Die Zentralorgane der Landeszentrale und fast alle Flugblätter und Aufrufe zum Generalstreik wurden konfisziert. — Trotz alledem hat sich aber die lettlandische Arbeiterschaft nicht einschüchtern lassen. Der Generalstreik am 18. Oktober ist ein Erfolg gewesen. Alle offiziellen Lügen der Regierung in der ausländischen bürgerlichen Presse über den „Zusammenbruch“ des Streiks können diese Tatsache nicht entkräften. Vorläufig ist der Kampf in das Parlament verlegt worden. Doch es ist klar, daß die außerordentlich zugespitzten Klassengegensätze in Lettland in der nächsten Zukunft noch zu schärferen Kämpfen führen können. Der Kampf der lettlandischen Arbeiterschaft ist nicht nur ein Kampf um einzelne soziale Gesetze. Es ist ein Kampf gegen die faschistischen Tendenzen der reaktionären Bourgeoisie, es ist ein Kampf gegen die Diktatur und für die Aufrechterhaltung der Konstitution und der Demokratie. In diesem Sinne ist der Kampf der lettlandischen Arbeiterschaft auch für das Proletariat aller anderen Länder von größter Bedeutung.“

Freistaat Danzig

Brief aus Danzig

1. Allgemeines.

Lieber Leser! Was ist dir geläufig über den neuen Freistaat Danzig? Weißt du, daß rund 400 000 Einwohner Westpreußens mit der ehemaligen Hansestadt Danzig im weiteren Umkreis aus dem deutschen Reichsgebiet ausgeschieden sind nach den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages? Weißt du, daß dieses Land jenseits des Polnischen Korridors eine wirtschaftliche Gemeinschaft mit Polen und eine indirekte Zollgrenze mit Deutschland hat? Ist dir bekannt, daß dieses kerndeutsche Land, das unter seinen 400 000 Einwohnern kaum 5 Prozent Polen zählt, seinen deutschen Charakter durchaus bewahrt hat? Ich glaube die Antwort vorwegnehmen zu müssen: vielen unserer Kollegen ist das nicht bekannt! Ein großer Teil weiß wohl, daß der Freistaat geschaffen wurde und von Deutschland abgetrennt ist; er weiß aber nicht, wie sich die Zustände im Laufe des letzten Jahrzehnts in diesem Freistaat entwickelt haben.

Laß mich versuchen, lieber Leser, skizzenhaft einige Beobachtungen wiederzugeben anlässlich einer besonderen Reise in diesen

Freistaat. — Da ist zunächst die für jeden Deutschen erfreuliche Tatsache festzustellen, daß in der Tat das gesamte Gebiet des neuen Freistaates, trotz neuer Währung, neuer Briefmarken und ähnlicher Neuheiten, doch in jeder Beziehung anmutet wie eine deutsche Provinz. Die Stadt Danzig hat allein etwa 250 000 Einwohner. Sie gehört also ungefähr zur Größenklasse Stettins (der Hauptstadt Pommerns), der sie auch sonst in vielem ähnelt. Zwar ist der Hafenverkehr

infolge der gemeinsamen wirtschaftlichen Beziehungen zu Polen zunächst erstaunlich in die Höhe gegangen. Der polnische Staat (als wirtschaftliches Hinterland) umfaßt 35 Millionen Einwohner. Andererseits lassen sich aber doch auch gleiche Verfallerscheinungen feststellen, wie in Stettin. Und was dort der aufgegebenen Riesenbetrieb des „Dufkan“ bedeutete in wirtschaftlicher Beziehung, das ist in Danzig die Schichau-Werft, die ebenfalls nur noch in ganz beschränktem Umfang etwa ein Viertel der früheren Arbeiterschaft (2000) beschäftigt. Die großen Werftanlagen wirken daher ein wenig verödet, und der Riesenkran (der größte in Deutschland), den wir umseitig im Bild bringen, steht monatelang unbenutzt da, obwohl er in seiner imposanten Größe dem ganzen Stadtbild einen gewissen Ausdruck verleiht. Der riesige „Hammerkran“ überragt, weithin sichtbar, den Wald der Schiffsmasten und das Heer der Speicher; er ist das Wahrzeichen des modernen, schaffenden Danzig.

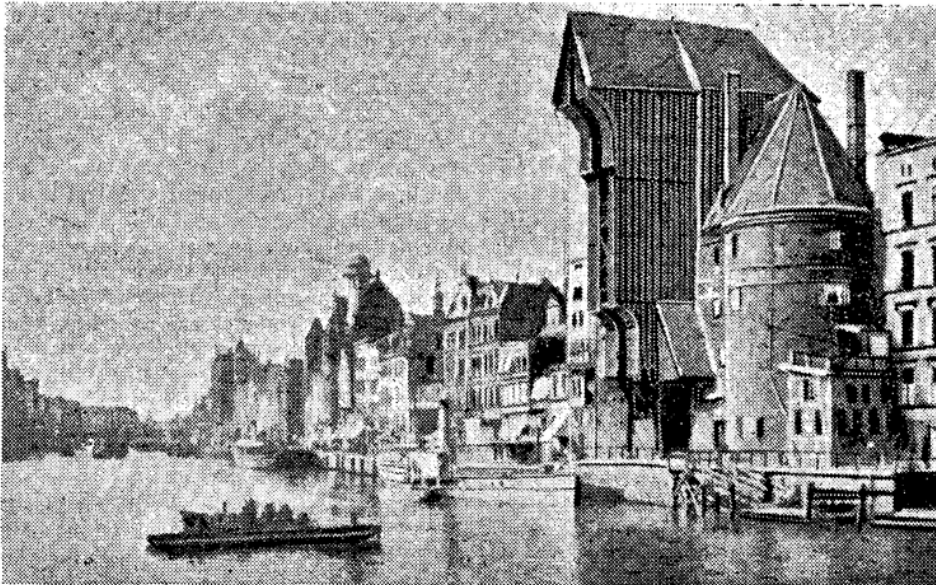
Die Größe und Leistungsfähigkeit dieses imposanten Werkes der Technik mögen folgende Zahlen veranschaulichen: Höhe bis zur Fahrbahn des Drehkrans 57 Meter, Höhe bis zur Drehkranrippe 69 Meter, größte Ausladung des Hauptträgers 56 Meter, größte Ausladung des Hauptträgers und Drehkrans 68 Meter, Tragkraft bei 32 Meter Ausladung 250 Tonnen, Tragkraft bei 56 Meter Ausladung 50 Tonnen, Tragkraft des Drehkrans bei 63,5 Meter Ausladung 20 Tonnen.

Wozu gebraucht die Schichau-Werft in Danzig einen Kran von solch gewaltigen Ausmaßen und derartiger Leistungsfähigkeit? Der Fortschritt im Schiffbau machte ihn notwendig. Bekanntlich laufen die Schiffe vom Stapel, sobald die Außenhaut fertiggestellt ist. Erst dann, wenn das Schiff auf dem Wasser schwimmt, erfolgt der Innenausbau. In fertigem und halbfertigem Zustand werden dann die gewaltigen Schiffskessel, Motore, Turbinen, Schiffsmaschinen usw. in das Schiffsinne hineingelassen. Mit spleenber-

Leichtigkeit werden diese gewichtigen Gegenstände mit absoluter Genauigkeit an ihren Platz gestellt. — Nicht am Wasser gelegen — die Fundamentierungsarbeiten verschlangen riesige Summen —, ragt der riesige Kran kühn in die Luft, schön und zweckmäßig. Um so auch dem, der sonst von der Schönheit der Technik unberührt bleibt, Achtung und Respekt abzunötigen.

Das Gebiet von Danzig umfaßt nach der neuen Grenzregulierung rund 2000 Quadratmeter. Der neue Staat wurde am 10. Januar 1920 geschaffen. Zwischen ihn und das Deutsche Reich wurde der viel umstrittene Polnische Korridor gelegt. Etwas kompliziert ist noch immer das Verhältnis zum benachbarten Polenstaat. Zwar ist unter der Arbeiterschaft und im größten Teil des nicht nationalistisch verwehten Bürgertums ein friedliches Nebeneinanderarbeiten erreicht, zumal die wirtschaftlichen Beziehungen durch die Versailler Bestimmungen festgelegt sind. Es ist aber diesem kleinen Freistaat natürlich außerordentlich schwer, selbständige Entscheidungen und seinen politischen Willen durchzusetzen, wenn die wirtschaftlichen Beziehungen von vorn-

herein festgelegt worden sind. Bekanntlich liegt Polen seit Jahr und Tag mit Deutschland im Zollstreit wegen eines Handelsvertrages, der in nächster Zeit voraussichtlich endlich zum Abschluß kommen dürfte. Es ist möglich, daß damit auch für den Freistaat Danzig die Bedingungen geschaffen sind, um als Ausgleichsfaktor zu wirken, wengleich man sich nicht des Gedankens erwehren kann, daß gegenwärtig gerade ein Teil des Streitobjektes (polnische Schweine) just über



Langebrücke mit Kranort

Danzig ins Deutsche Reich gelangen. Polen hat bekanntlich einen ungeheuren Uberschuß an Schweinen, während ihm andere wichtige Wirtschafts- und Industrieartikel fehlen. So würde auf der Basis eines Ausgleichsvertrages allen Interessenten gut gebient werden können. Ob aber nicht inzwischen neue Schwierigkeiten entstehen auf diesem Gebiet, bleibt abzuwarten.

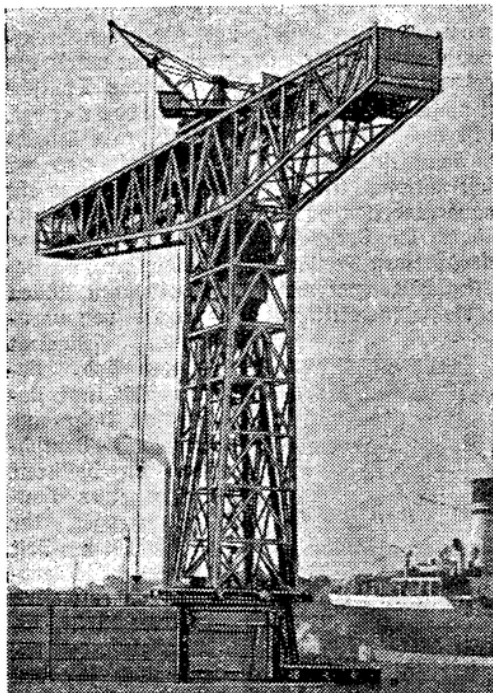
Für den Sozialisten unerfreulich erscheint, daß zwar die vom Völkerbund garantierte Danziger Verfassung ausdrücklich einen Mißbrauch des Danziger Gebietes für militärische Zwecke den Polen untersagt, daß aber gemäß einer einstweiligen Entscheidung des Völkerbundes Polen das Recht hat, sein Heer über den Danziger Hafen mit Munition und Kriegsgeräten auszurüsten und seine Kriegsschiffe im Danziger Hafen anlegen zu lassen. Allerdings ist anzunehmen, daß bei dem weiteren Ausbau des polnischen Hafens E d i n g e n — worüber noch zu reden sein wird — diese Frage eines Tages verhältnismäßig leicht gelöst werden kann.

Es ist erfreulich, daß im Freistaat Danzig gegenwärtig (also nach bald zehnjähriger Loslösung vom Deutschen Reich), alles in allem, der wirtschaftliche, politische und kulturelle deutsche Einfluß ganz offenkundig zutage tritt. Daß dieser kulturelle Einschlag sich naturgemäß auch überträgt auf die Arbeiterbewegung, wird schon dadurch dokumentiert, daß es den deutschen Gewerkschaften gelungen ist, den Freistaat Danzig in seinem organisierten Gesamtbestand zu behalten.

2. Unsere Großfiliale Danzig.

Lieber Leser! Die Filiale des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter hat sich trotz aller Schwierigkeiten der Umstellung und der Grenzverschiebungen in den letzten Jahren glänzend entwickelt. Ueber 2600 Mitglieder zählen wir in unseren Reihen und sind damit eine der stärksten Gruppen des Freistaates. Unsere

Kollegen Seelow (1. Vorsitzender) und Ed. Schmidt (Kassierer) haben unserer Filiale zu schönem Ansehen nach außen und innen verholfen. Beide sind Mitglieder des Volkstags, der die höchste parlamentarische Körperschaft des Freistaates ist, also in gewissem Sinne im kleinen unserem Reichstag gleich. Wir hatten auch Gelegenheit, diesen Volkstag zu besichtigen, und es ist charakteristisch, wie man ehemals (im Zeitalter der nur königs-



Das Wahrzeichen Danzigs
Der Riesenkran der Schichau-Werft

treuen preußischen Landräte) sich hier recht nobel und behaglich eingerichtet hat; denn die Räume für diesen Volkstag hat der ehemalige Provinziallandtag Westpreußens dazu bereitstellen müssen. Die Zusammensetzung des Volkstags ist für die Arbeitererschaft ziemlich günstig. Der starke sozialistische Einschlag hat es zuwege gebracht, daß unsere Genossen auch im Senat (Ministerium) einen erheblichen Einfluß besitzen. Der Präsident dieses Senats, Heinrich Sahm (ein über 2 Meter großer Mann) bemüht sich

in seiner Art, überparteiisch zu wirken. Im übrigen sind allerdings die politischen Kämpfe der verschiedenen Gruppen untereinander ganz ähnlich denen, wie wir es in unserem Reichstag im großen erleben, vielleicht insofern mit einer Ausnahme, als die Kommunisten im ganzen Freistaat nur eine ganz geringe Rolle spielen. Sie haben nur 7 Vertreter aufzuweisen.

Unser Danziger Kollegen hatten zum 22. Oktober 1929 für die Kollegen der Filiale und ihre Frauen in den Räumen des Werft-Speisehauses eine größere Bildungsveranstaltung arrangiert als „Abendfeierstunde“. Es ist kennzeichnend und erfreulich für die Bildungsbestrebungen im Freistaat Danzig, daß schon lange vor Beginn der etwa 2000 Personen fassende Saal überfüllt war, so daß mehrere hundert Kollegen keinen Einlaß finden konnten. Die Kapelle der Schutzpolizei (zirka 50 Musiker) gab ein trefflich gelungenes Streichkonzert, das u. a. die Robespierre-Ouverture von Tschaikowsky, sowie die Peer-Gynt-Suite von Grieg in ihrem ersten Teil des Programms enthielt. Der Verfasser sprach im Rahmen dieses Teiles über: „Neue Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung“.

Immer stärker tritt in den deutschen Gewerkschaften zutage, daß unsere Kämpfe um Lohnhöhe und bessere Lebensgestaltung weitaus nicht den Aufgabenkreis der freien Gewerkschaften umfaßt, sondern daß wir darüber hinaus mit Erfolg bestrebt sind, die schaffende Bevölkerung für kulturelle Bestrebungen zu interessieren. Unsere Kultur- und Bildungsaufgaben sind in den letzten Jahren, insonderheit in unserem Verband, so stark zur Entwicklung gelangt, daß sich bereits im einzelnen die Auswirkung zeigt. Ein starkes einheitliches Band umfaßt alle unsere Mitglieder. In ganz Deutschland, wie auch im Freistaat Danzig, bildet auf der einen Seite unsere Verbandspresse das einigende Band und die Informationsquelle auf den verschiedensten Gebieten, und andererseits hat die in den letzten Jahren verstärkte einsetzende Funktionärschulung es zuwege gebracht, daß die innere geistige Struktur unseres Verbandes immer einheitlicher geworden ist. Dazu kommt die mannigfaltige Bildungsarbeit in den einzelnen Filialen, die sich immer mehr entwickelt und erfreuliche Resultate aufweist. Wir haben Tausende von Funktionären in unserem Verband, die nicht nur gefühlsmäßig oder aus materiellen Gründen unserer Organisation angehören, sondern die vom stärksten Eifer beseelt, treffliche Pioniere unserer Ideen und unseres Programms geworden sind. Wenn es heute das Unter-

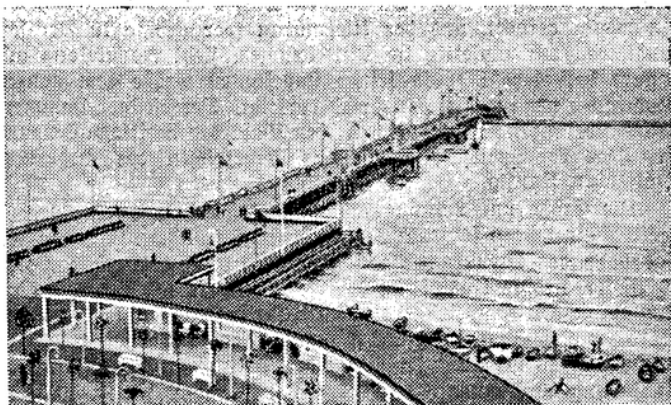
nehmertum und seine „wissenschaftlichen“ Interessenvertreter vielfach so darstellen, als würden bei erhöhtem Lohnsatz und verkürzter Arbeitszeit in den Massen nur noch weitere wilde Begehrlichkeiten und Leidenenschaften geweckt, so haben wir eine Fülle von Tatsachen aufzuweisen, wie mit dem wachsenden kulturellen Aufstieg der Arbeitererschaft gerade die schlimmsten Schäden, wie Alkoholfreude, Streit, Mißgunst und Knechteligkeit, schwinden. Unser Bestreben will erreichen, daß sich das ganze Volk miteinander verbunden fühlt. Die Arbeitererschaft will teilhaben an den Errungenschaften der Technik, an den Vorteilen der Rationalisierung und der Kultur.

Im zweiten Teil des Programms wurden, teilweise unter Orchesterbegleitung, gymnastische Uebungen vorgeführt sowie ein Bewegungschor, betitelt: „Der Kampf um die Erde“. In einem Prolog — prachtvoll gesprochen — wurden die Freiheitsbewegungen aus der Sklavenszeit der alten Völker bis zu unserer deutschen Revolution 1918 angebeutet. Der Bewegungschor gab dann ein eindrucksvolles symbolisches Bild dieses Aufbegehrens der Unterdrückten aller Zeiten. Das Ganze endete mit der vom Orchester, Chor und den 2000 Teilnehmern stehend gesungenen, wuchtigen „Internationale“. Der Eindruck war wohl für alle Teilnehmer so gewaltig, daß mancher auch noch in späterer Zeit an diese wirkliche Feierstunde der Arbeitererschaft erinnert sein wird.

* * *

3. Zoppot und die Ostsee.

Lieber Leser! Nun muß ich noch einmal einen kleinen Anlauf nehmen, um daran zu erinnern, daß Zoppot zum Freistaat Danzig gehört. Ein kurzer Autorutsch bringt dich in dieses „nobelste Bad“ des Ostens, wobei wir beileibe nichts gegen die ostpreußischen Bäder Kranz und Rauschen sagen wollen. Ja, wir möchten unseren lieben Kollegen westlich der Weichsel sagen, daß sie sich gewaltig täuschen, wenn sie sich Ost- und Westpreußen als eine gar so einförmige Ebene vorstellen. Gerade die wunderbaren Höhenzüge an der Ostsee mit ihren herrlichen Laubwäldern bieten ein so wunderbares landschaftliches Bild, wie es wohl selten zu finden ist. Aber Zoppot ist doch wohl die Perle! Hier haben sich schon in der Vorkriegszeit die russischen Großfürsten ihr Steißbichlein gegeben und in den Spielflächen Millionen Rubel um die Ecke gebracht. Ja, man sagt, daß selbst heute noch mancher geflüchtete russische Emigrant von seinen mitgebrachten Juwelen und sonstigen Reichtümern in Saus und Braus leben kann, und in der Tat sind die Zoppoter Spielfläche auch jetzt noch ziemlich besucht. Aber das ist eine Angelegenheit, die weniger erfreulich ist. Imposant und schön hingegen sind die gesamten Anlagen sowohl beim Casino-Hotel (siehe Abbildung), als auch bei dem neuen auf 500 Meter verlängerten Steg, der in riesiger Breite die Wellen abfängt, die zeitweilig mit gewaltigem Tosen dagegen branden. Ueberhaupt dieser wunderbare Wellenschlag der Ostsee! Das schäumt und brodelnd und spritzt, und man schaut hinein in die immer wieder anders geformte wunderbare Welt der Natur. Am Horizont sieht man die Dampfer fahren über Hela, der bekannten Halbinsel, die jetzt auch polnisches Gebiet ist. Wundervoll ist auch die herrliche,

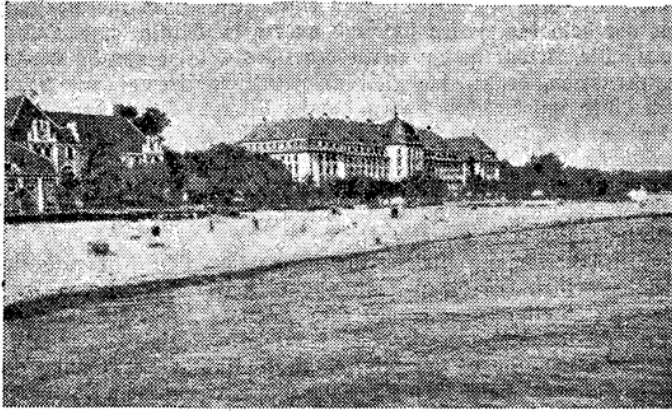


Zoppot: Steg

neu geschaffene Anlage des riesigen Promenaden-Pavillons, in dem notfalls bei stürmischem Wetter Hunderte Platz finden können.

Zoppot hat in den Sommermonaten riesigen Betrieb und bis weit hinein in den Herbst sieht man die Fremden allerorten spazieren. Freilich mischt sich so etwas wie ein Wermutstropfen für die Danziger in diese Entwicklung, weil nicht allzu weit vom

Zoppoter Hafen nun auch die Polen in ihrem neu geschaffenen Hafen Gdingen ein Seebad mit allem Komfort der Neuzeit aufbauen. Aus dem kleinen Fischerstädtchen von kaum 2000 Ein-



Zoppot: Am Kasino-Hotel

wohnern ist bereits eine ansehnliche Stadt von 32 000 Einwohnern geworden und noch immer hält dieses amerikanische Tempo des Wachstums an. Der polnische Staat sowohl als auch die bestehenden Klassen in Polen wenden alle verfügbaren Mittel an, um hier den wirklichen polnischen Ausgang aufs Meer zu schaffen. Das könnte einerseits für Danzig in bezug auf seine nationale Stellung entlastend wirken, andererseits wirkt es sich aber — wirtschaftlich gesehen — natürlich als ein Rückgang der finanziellen Einnahmen sowohl für Danzig als auch für Zoppot aus. Immerhin stellt man wohl keine falsche Prognose, wenn man sagt, daß Zoppot auch weiterhin ein so wunderbares Ostsee-Idyll bleibt, daß es seine Anziehungskraft auch in Jahrzehnten nicht verlieren dürfte.

4. Ausklang

Unsere Kollegen haben — hoffentlich — wiederholt in der „Gewerkschaft“ gelesen, wie die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Freistaat Danzig beschaffen sind infolge der eigenartigen Währung des Guldens. In der Berechnung mit deutschem Geld ist der Wert 75 bis 80 Pf., während die Kaufkraft allerdings rund 1 Mk. beträgt. Unsere Kollegen im Freistaat Danzig haben es insofern bei ihren Lohnbewegungen etwas schwierig, als ihnen allemal die etwas zurückgebliebenen Löhne Ostpreußens und Pommerns (also ihrer unmittelbaren deutschen Umgebung) vorgehalten werden. Schon aus diesen Gründen kann man ersehen, wie stark sich die wirtschaftliche und politische Wechselwirkung zeigt, und daß auch unsere Kollegen im Freistaat Danzig alle Veranlassung haben, in gewerkschaftlichem, planmäßigem Vorstoß ihre Lebensverhältnisse zu verbessern. Das haben sie in ihrer großen Mehrzahl erkannt und darum unsere starke, gut fundierte Organisation. Sie wird jederzeit, wenn es sein muß, mit allen Mitteln, alles daran setzen, um den Lebensstandard ihrer Mitglieder nach Kräften zu bessern.

Daß unsere Kollegen sich nicht etwa passiv verhalten können, ergibt sich schon aus der Tatsache, daß auch im Freistaat Danzig sich allzu oft eine wachsende Preisgestaltung bemerkbar macht. So teilt aus den jüngsten Tagen die „Danziger Volksstimme“ den folgenden amtlichen Beschluß des Senats mit:

„Angesichts der unverhältnismäßig hohen Preise für Milch, Fleisch und Backwaren hat der Senat beschlossen, die zuständige Abteilung für Handel und Gewerbe mit der sofortigen Vorlage von Vorschlägen zur wirksamen Bekämpfung dieses Zustandes zu beauftragen.

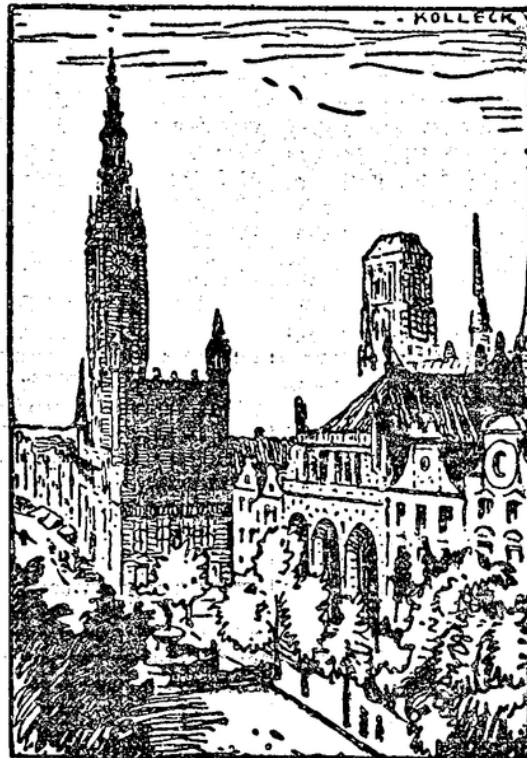
Zur Verfolg dieses Beschlusses finden bereits am 24. Oktober 1929 Verhandlungen zwischen der Abteilung für Handel und Gewerbe und Vertretern der Handelskammer, der Handwerkskammer und der beteiligten Gewerbe statt.“

Unsere Kollegen im Reich wissen aus eigenen langjährigen Erfahrungen, daß diese Verheißungen ja ganz erfreulich sind, insbesondere wenn die nötige Energie von Seiten des Senats dahinter steht, daß sie aber in der Regel an den Dingen doch vorbeigehen oder, wenn es gut geht, doch nur vorübergehend helfen. Denn ehe die Vorschläge auch nur ersichtlich zu Gesetzen und Verordnungen umgestaltet sind, haben auch die beteiligten Interessentenkreise gewöhnlich bereits ein Mittel gefunden, um ihrerseits dieser Gesetzgebung ein Schnippchen zu schlagen und die Konsumenten nach Kräften zu schröpfen. Das dürfte im Freistaat Danzig leider nicht anders sein als im großen Deutschen Reich. Die Ueberschneidung durch Handel und Zwischenhandel, insbesondere bei den notwendigsten Lebensmitteln wie Milch, Fleisch und Brot, gehört zu den Dingen, die wir wiederholt unter die Lupe genommen haben.

Eine Wandlung in Danzig wie im Reich ist nur auf zweierlei Wegen möglich. Einmal durch viel stärkere Selbsthilfe der Bevölkerung, indem sie ihren ganzen Bedarf nach Möglichkeit bei den Konsumvereinen deckt, und zum anderen, wenn die Bevölkerung unter Umständen bei gewissen Waren zeitweilig regelrecht zu einem Boykott übergehen würde, um so eine Preisenkung herbeizuführen. Wir wollen aber hoffen, daß es dem Senat von Danzig wenigstens gelingt, den Preistreibern insoweit zu begegnen, daß sie sich nicht ins Ungeheuerliche auswachen.

Bemerkenswert ist noch, daß unsere RBA-Abteilung im Freistaat Danzig sich unter der Leitung des Kollegen Heckert in erfreulicher Ausdehnung befindet und einen erheblichen Teil unserer Mitglieder umfaßt.

Nun werden auch im Freistaat Danzig mit dem 1. Januar 1930 die beiden Großverbände: Gemeindegewerkschaften und Verkehrsbund zusammengelegt und es wird eine einheitliche Leitung herbeigeführt. Bereits an der Veranstaltung „Feierstunde“ unserer Danziger Filiale nahmen über 100 Kollegen (Funktionäre) des Verkehrsbundes teil. Sie werden sicher auf dieser Veranstaltung den denkbar besten Eindruck über unsere Organisation gewonnen haben. Wir nehmen an, daß aus Anlaß der Verhandlungen im Wirtschaftsbezirk Ostpreußen, die in diesen Tagen stattfinden, auch die Zusammenlegung der beiden Verbände im Freistaat Danzig gleichzeitig mit geregelt wird, und wir glauben, daß diese stärkste und mächtigste Organisation im Freistaat Danzig dann sehr wohl in der Lage sein wird, weitere Anziehungskraft



Langer Markt mit Rathaus und Artushof

zu entwickeln, daß insbesondere auch die Gruppen, die heute der Organisation noch fernstehen, gewonnen werden können.



Danzig: Totalansicht vom Bischofsberg

So schließen wir mit einem herzlichen Glückwunsch im neuen Gesamtverband des Freistaates Danzig. Ebi.

„Dubbas“

Es ist dichterische Freiheit, vor das Wort Dubbas einen Artikel zu setzen, zumal es durchaus nicht erwiesen ist, ob es der, die oder das „Dubbas“ heißen muß. Meines Erachtens nach verlangt das Wort den unpersönlichen Artikel „son“. „Son Dubbas“ ist richtig, kann nur richtig sein, und ich bitte ernsthaft, endlich den müßigen Streit um den richtigen Artikel zu beenden. Ich bin wirklich der Meinung, daß wir Danziger andere Sorgen zurzeit haben, als den Streit um den Artikel für das Wort „Dubbas“, nicht wahr?

Was ist Dubbas? Oja, du mein liebes Marienkirchlein! Lassen sich solche Fragen überhaupt präzise beantworten? Niemand fragt, was es heiße: „Moin kiek mal dem Schnodder!“ Das Sprachgefühl, die subtilen Regungen der Seele beantworten hier ohne jede etymologische Zergliederung das Richtige. Warum, zum Donnerwetter, soll man nun auseinanderspoken, was „son Dubbas“ ist?

Man könnte sagen, vielleicht stammt Dubbas von dem Wort Dubel (Dübel, Döbel) ab, dies ist ein in eine gemeißelte Vertiefung des Mauerwerks getriebener Holzpflock, der zur Aufnahme eines Nagels, Hakens usw. dient (zum Aufhängen von Bildern, Haussegen, bestickten Wanduhren usw.), aber das wäre — zum Kozen. Um dem Wort Dubbas seine wahre Bedeutung zukommen zu lassen, muß man seine Anwendung in der Danziger Umgangssprache beachten und sofort wird jeder Zweifel behoben sein.

Denken wir uns den Büroinspektor Willkuweikowski im Kreise seiner Lieben, abends nach Büroschluß im trauten Heim. Der Mann baut seit Monaten an einem Roller für den prächtigen Sohn Willi (das ist ein begabter Knabe, der die Danziger-Büchsenanstaltstüren mit Kreidezeichnungen verziert). Der Roller, also dieses seltsame Sportgerät, mit dem Knaben auf den Straßen den Passanten in die Beine fahren; bei dem ein Fuß auf Rädern ruht und der andere die Schuhsohle auswezt, der Roller kostet im Geschäft schön lackiert 3,50 Gulden. Der Büroinspektor aber baut so etwas viel stabiler und besser, darum hat er allein für die Räder beim Schlosser 5 Gulden bezahlt, eine Tischdecke angefeilt, sich den Daumen geklemmt und seiner Frau einen Stiftzahn beim Hobeln ausgeschlagen, nicht zu vergessen, daß das eigens angefertigte Handwerkszeug weit über 10 Gulden kostete.

Der Knabe Willi fragt den Vater, wann wohl der Roller fertig sein dürfte. Der Büroinspektor meint nachdenklich: „Schlabber nich immer dawider, dämlicher Caps, mir fehlt hier bloß noch „son Dubbas“. Nach längerer Gedankenarbeit feilt er einen Nagel zurecht und macht daraus einen Splint. Also heißt in diesem Falle „son Dubbas“ ein Stückchen Nagel.

„Frauchen, hast du nicht son Dubbas zum Unterlegen, damit die Politur nich zerschrammt?“ Frauchen bringt ein Stück Feuerholz: son Dubbas, siehe auch Feuerholz.

Auf dem Markt: „Was kosten die Wrucken, gute Frau?“ — „n Achthalber.“ — „Was, so teuer?“ — „Wat, fier sone Dubasse-teuer? Na, denn hope Se sich doch Sch...“ (Schikoree ist die Zichorienpflanze.)

Der an der Hirnschale in der Nähe der Fontanelle lädierte Danziger erzählt: „... Mensch, mit son Dubbas von Latt' haud er mir am Kopp...“ Dubbas gleich dickem Holzstab!

„Ich had doch hier son Dubbas auffe Kommod stehn, und nu is es rein wie inne Riß jeshorrt...“ Der Suchende vermischt einen Briefbeschwerer mit eisernem Kreuz verziert. Ergo...

„Moin gommas, is das Leuchen dir aber v'leicht 'n Dubbas vom Pfund...“ Scheinbar rätselhafter Ausruf des Erstaunens. Besagt dreimal dasselbe: Leuchen, Dubbas, vom Pfund! Bezeichnung für einen Gegenstand beachtenswerter Größe, gleichgültig, ob lebender oder toter Gegenstand, kann eine Maschine, ein Autobus, eine Banane ebenso gut sein wie der Busen einer Frau. Wie überhaupt auch in erotischer Wechselbeziehung der Geschlechter das Wort Dubbas oft angewendet wird. Näheres Eingehen auf diese gewiß hochinteressante Untersuchung verbietet die Redaktion.

Der Diminutiv, also die Verkleinerungsform, von Dubbas ist Dubbaneichen, jedoch gibt es dafür keine strengen Sprachregeln. Ob man sagt: „Mensch, die Marienkirch' is dir aber v'leicht ein Dubbaneichen oder ein Dubbas“, bleibt ganz dem Sprachgefühl des einzelnen überlassen. Beide Formen sind korrekt.

Die angeführten Beispiele dürften genügen, um endlich Klarheit über das Danziger Wort Dubbas geschaffen zu haben. Ich hoffe, mit dieser kleinen Arbeit meiner geliebten Vaterstadt einen kleinen Schritt weitergeholfen zu haben, zur ersehnten Bedeutung in der Welt, die sie schon lange verdient. Son Dubbas von Stadt, wie Danzig ist: gibt's in der Welt nur einmal. Ricardo.

... mit Gewinde!

Eine Melone auf der Birne kennzeichnet den Sprohr! Unter Sprohr versteht man einen eleganten Bohrer, auch Gohler genannt. Die Birne ist derjenige Teil eines menschlichen Individuums, der oberhalb des Halses sitzt und andere so häufig zum Lachen reizt. Die Melone ist ein eiersiederartiges Gebilde von halbsteifer Konstruktion, besitzt eine nicht unwesentliche Krempe und kostet neu einen ansehnlichen Bagen blanke Münze. Neben der Angströhre, auch Zylinderhut genannt, ist die Melone die eigenwilligste, neckischste Kopfbedeckung des Jahrhunderts. Etwas tief auf die Ohren gesetzt, verleiht sie dem intelligentesten Gesicht einen leicht blöden Ausdruck. Sie ist darum ein beliebtes Maskierungsmittel und im täglichen Leben sehr geschätzt.

Die Bezeichnung Melone für Melone ist nicht sehr geläufig. Gebildete Menschen sagen überkorrekt „steifer Hut“, vernünftige kurzweg „Steifer“ oder mundartlich „Steiver“, aber der Danziger gebraucht landläufig die Redewendung: „Moin, kiek ma, er m'itt'n Halbsteiwien!“ Womit zweifelsfrei die sinnfällige Bezeichnung geprägt ist, denn „steif“ ist die Melone (die übrigens noch Hartmann und symbolisch Eiersieder genannt wird) durchaus nicht. Sie ist keine starre Konstruktion, höchstens eine halbstarre (halbsteife!). Haut man — beispielsweise mit der geballten Faust...

Oja, hier kommen wir zum eigentlichen Thema: Was entsteht, wenn eine Melone durch äußere Einwirkung eingetrieben wird? Nehmen wir einmal den jüngst in der Bahnhofshalle passierten Vorgang. Es war ein Sonntag hell und klar. Am Fahrkartenschalter reiht sich eine Schlange Menschen, die es alle sehr eilig haben und einen bestimmten Zug (einen Dorortzug, wohlgemeint!) erreichen wollen. Es sind teils sone und teils solche Leute, aber ziemlich weit hinten steht ein „Sprohr“. Er ist beiläufig an die 40 Jahre alt, trägt Lackschuhe, Gehrockmantel, ein Stöckchen mit silberner Krücke und — last not least — auf dem scharfen Scheitel einen Eierleder, also eine Melone, eine schwarze, nagelneue Melone.

„Du, hein, kiek mä doch ma ihre Schulter, hiä mißd wo einer schucker sein.“

„Wojo“, brummt Heinrich, „perdelst er dir auffe Fieß?“

„Aee“, seufzt Mag, „aber er flamm mä immer mit'e Faust' im Kreuz rein.“

„Na, denn dreh' dir doch um, und scheuer ihm paar vore Freß“, meint Heinrich sachlich.

„Aee“, antwortet Mag müde, „am Sonntag soll ma keinem dodschiagen und denn, wo solln se hiä mit seine Leid' hin.“

Der elegante Herr merkt, daß der laute Dialog ihm gift.

„Lassen Sie, bütte, die Anzüglichkeiten“, ruft er scharf, „es ist eine Schweinerei, daß man hier so langsam abgefertigt wird. Mein Zug fährt mir noch weg.“

„Na loat em doch soahre, de bruckt di nich!“ sagt Mag.

„Bütte, halten Sie gefälligst ihren Mund und belästigen Sie mich nicht!“ Der Elegante sagt es gereizt. Mag dreht sich langsam um und fragt: „Mänsch, best du ganz ond goar v'äräggd jeworren?“

„Unverschämtheit!“ ruft der Elegante.

„Nu holl de Nä'... Nu holl aber die Luft an, mien Sähn!“ sagt Mag leicht drohend und nimmt die Kaffeeflasche unter den linken Arm. In diesem kritischen Augenblick dreht sich endlich auch Heinrich um und mustert den Fremden. Er schmunzelt:

„Mänsch, Mag, wo ham Se dem rausjelaassen.“

Mag schüttelt den Kopf:

„Aee, hein, dem ham se bestellt, nach em Tierpark in Freudental.“

„Ach so“, wundert sich Heinrich, „na, denn beriehr ihm ma nich, sonst kommst wejen Sachbeschädigung ran.“

Jetzt wird der Elegante wild:

„Wenn Sie nicht sofort... unerhört... Schupo muß man rufen... Frechheit... unglaublich...“ keift er. Heinrich grüßt und Mag seigt, mit einem Male ruft Heinrich jubelnd:

„Moin gommas, Mag, kiek ma, er trächt ja en Halbsteiwien, jess em en Tucks affe Kremp!“

Und Mag folgt irgendwie instinktiv dieser Aufforderung, holt aus und treibt dem Eleganten die Melone über die Ohren. Ein fürchterlicher Knack entsteht. Der Elegante heult unartikulierte Laute und zerrt an seinem Hut, der ihm die Augen verdeckt. Ringsum lacht man. Während der Elegante nach einem Schupo rennt und seinen Zug verläßt, erhalten Mag und Heinrich ihre Fahrkarten und kommen noch rechtzeitig zum Zuge.

Und nun, nachdem wir gesehen haben, wie eine Melone durch äußere Einwirkung eingetrieben wurde, können wir auch die Frage beantworten, was aus ihr geworden ist: „Ein Halbsteiwier mit Gewinde.“ Ricardo.

Wirtschaftliche Gründe für die „Paneuropa“-Bestrebungen

In Europa ist eine Gebietserweiterung einzelner Staaten durch „Landnahme“ unbefiedelter Landstrecken nicht mehr möglich. Einzig im Osten und Südosten Europas sind die politischen Grenzen labiler, dort ist die Besiedelung weniger dicht. Sonst finden wir in der Regel feste politische und sprachliche Grenzen, relative und absolute Bevölkerungsdichte.

Die dicht besiedelten Staaten versuchen eine bessere Raumnutzung durch innere Kolonisation. Man reformiert die Grundbesitzerverteilung und fördert durch öffentliche Mittel die Gründung neuer Bauernstellen in Gebietsteilen mit geringerer Bevölkerungsdichte.

Der Wert dieser Maßnahmen darf nicht unterschätzt werden; er darf aber auch nicht überschätzt werden. Der innerstaatliche Ausgleich der Bevölkerungsmengen, wie wir ihn in Deutschland durch das Reichsiedlungsgesetz erstreben, beseitigt de facto die räumliche Einengung der Bevölkerung nicht. Die Lösung des Problems wird lediglich auf einen späteren ungewissen Zeitpunkt vertagt.

Wohl findet zwischen den Staaten ein reges Herüber und Hinüber von Agrarprodukten und Industrieprodukten vom Rohstoff bis zum Fertigfabrikat statt. Wir finden, daß ein Land den Mangel an irgendeinem Sachgut durch Bezug aus dem damit im Ueberfluß gesegneten Nachbarland ausgleicht und umgekehrt. Auch ein zwischenstaatlicher Ausgleich freiwerdender Bevölkerungsteile ist bereits vorhanden durch vorübergehende (Saison- und Wanderarbeiter) und dauernde Auswanderung. Aber das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte wird entscheidend gehemmt durch die politischen Grenzen der Staaten.

Theoretisch betrachtet ist dieser Zustand der Hemmung unbedenklich, wenn das Staatsvolk genügend Wirtschaftsraum hat und innerhalb dessen Grenzen alle Vorbedingungen reichlicher Versorgung der Menschen mit Sachgütern gegeben sind. In Wirklichkeit hat heute kein europäischer Staat solchen Reichtum an Vorbedingungen. Wir können in Deutschland z. B. keine Baumwolle pflanzen. Das Klima ist dazu nicht geeignet. Wir könnten wohl Gewächshäuser für den Baumwollanbau errichten. Aber das fertige Gespinnst würde sich so teuer stellen, daß kein Mensch auf den Gedanken kommt, diesen Plan durchzuführen. Wir sind für den Bezug der Baumwollfaser auf unsere staatlichen Nachbarn angewiesen, der imstande ist, innerhalb seines Wirtschaftsraumes Baumwolle anzubauen, und zwar in solchen Mengen, daß er auch uns im Ueberfluß damit versorgen kann. An Kohle, die bei uns in genügender Menge gefördert wird, hat unser Nachbarland Italien empfindlichen Mangel. Wir können durch Abgabe von Kohlen seinen Mangel ausgleichen, wogegen es uns im Austausch Obst und Südfrüchte liefern kann. Auch wird es niemanden in den Sinn kommen, Schafzucht und Wollgewinnung in Ländern mit hoher Bevölkerungsdichte einzuführen. Die Verwendung von Ackerland als Weide für die Schafzucht kann sich nur ein Land mit geringer Bevölkerungsdichte leisten. So haben wir uns daran gewöhnt, Wolle aus Australien zu beziehen.

Der politische Wirtschaftsraum ist nicht mit dem natürlichen Wirtschaftsraum identisch. Alle Hemmungen der wirtschaftlichen Entfaltungsmöglichkeiten haben ihre Wurzel in diesem Mißver-

hältnis. Wir können zwar die wirtschaftliche Abhängigkeit der europäischen Staaten unter sich und von außereuropäischen Ländern ignorieren. Damit bleibt die Abhängigkeit aber trotzdem bestehen.

Es ist also eine Forderung der Vernunft, wenn man unter „Paneuropa“ den europäischen Kontinent als einheitlichen natürlichen Wirtschaftsraum begreift.

Die wirtschaftlichen Vorteile eines solchen weiten Wirtschaftsraumes sind dreifacher Art:

1. Die Landwirtschaft kann den Bodenaufbau unter besserer Berücksichtigung von Bodenlage, Bodenfruchtbarkeit und Klima durchführen. — Der Anbau von Getreide wird eingeschränkt oder aufgegeben werden, wenn es vorteilhafter ist, den notwendigen Bedarf aus einem anderen billiger produzierenden Land zu beziehen. Statt Getreide baut man Gemüse oder Obst, oder man intensiviert die Milchviehwirtschaft zur Gewinnung von Butter und Käse. Schließlich kann auch durch Verbesserung der Landwirtschaft ein höherer Ertrag erzielt werden. — Schutz und Erziehungszölle für die Landwirtschaft kommen in Fortfall.

2. Die Industrie kann sich besser nach dem Standort richten. Es entfällt damit jegliche Veranlassung, aus Gründen des nationalen Ansehens, der nationalen Unabhängigkeit und Sicherheit durch staatliche Subventionen Industrien großzügig zu unterstützen und zu erhalten. Die natürliche Orientierung der Industrie nach dem Standort des Materials (Kohle, Eisen, Stahl, Zucker) und der Arbeit (Städte) läßt sich leichter durchführen. Die kostenersparende Wirkung durch Wegfall der Transportkosten des Rohmaterials von der Materialbasis zum Ort der Verarbeitung tritt in Erscheinung. — Schutz- und Erziehungszölle für die Industrie kommen in Fortfall.

3. Der größere und einheitliche Wirtschaftsraum hat einen ausgedehnten Markt zur Folge. Die fallenden zwischenstaatlichen Zollschranken begünstigen die wirtschaftliche Initiative von Handel und Verkehr und erhöhen die europäische Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den anderen größeren Wirtschaftskörpern Nordamerika, Rußland, England und Dominions.

Die erwähnten wirtschaftlichen Vorteile sind auch die wirtschaftlichen Gründe für die Paneuropa-Bestrebungen. Nach dem Chaos eines Weltkrieges haben wir in Europa ein Chaos von Staaten mit unnatürlich kleinem Wirtschaftsraum vorgefunden. Die Verwirrung wurde noch vergrößert durch die zollpolitischen Absperrungen im gegenseitigen wirtschaftlichen Verkehr. In dem mehr und mehr einsetzenden Kampf um die Rohstoff- und Absatzmärkte rückte die Frage nach dem natürlichen Wirtschaftsraum über oder neben dem staatsrechtlichen Wirtschaftsraum wieder in den Vordergrund. Es ist ein Verschleiß volkswirtschaftlicher Werte, wenn Europa seine gegenwärtige, mittelalterlich anmutende wirtschaftliche Gestalt, die durch die staatsrechtliche Form bedingt ist, beibehält. Darüber hinaus wachsen sich insbesondere die zollpolitischen Zustände zu einer stets drohenden Gefahr für Europa aus. Die zwischenstaatlich und innerstaatlich prohibitiv wirkenden Zölle bilden diese dauernde Gefahrenquelle. Sie bringen Mißverständnisse und Schwierigkeiten nach außen und Unzufriedenheit nach innen. Sie belasten auch das eigene Volk mit dem um den Zoll erhöhten Preis.

In die Diskussion über diesen Gegenstand ist durch das öffentliche Bekenntnis führender Staatsmänner (Stresemann, Briand) ein frischer Zug gekommen. Es wird unsere Aufgabe sein, das Problem nicht aus dem Auge zu verlieren und an seiner Lösung mitzuarbeiten. J. H.

Arbeiter-Kulturwoche in Nürnberg

Sozialismus und Materialismus werden von unseren Gegnern oft ohne nähere Unterscheidung auf eine Stufe gestellt. Dem Sozialismus wird ein idealistisches Streben abgesprochen. Den an der sozialistischen Bewegung beteiligten Organisationen, sei es in der Partei oder in den Gewerkschaften, wird vorgehalten, daß ihre ganze Tätigkeit nur auf die Regelung materieller Dinge abgestellt sei.

Gewiß, seit Bestehen der sozialistischen Bewegung haben ihre Träger schwer darum ringen müssen, in erster Linie die vitalsten Lebensbedürfnisse der proletarischen Massen zu sichern und Schritt für Schritt zu verbessern. Die Zahl und der Wille der in den einzelnen Organisationen zusammengeschlossenen Massen war bestimmend für die Forderungen und den Erfolg.

Die Gewerkschaften kämpfen für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, Konsumvereine stärken die wirtschaftliche Macht der proletarischen Massen, sofern es sich um eigene Erzeugung und den Konsum der Güter des täglichen Bedarfs handelt. Dergleichen darf nicht werden, daß zur Zeit des Währungsverfalls gerade die Preisgestaltung der GGG, die Spitzenvereinigung der

deutschen Konsumvereine, als Regulator auf dem übrigen Wirtschaftsraum wirkte. Bau- und andere Genossenschaften sorgen auf dem Wohnungsmarkt für die Schaffung guter und gesunder Wohnungen für die Arbeiterschaft.

Alles materielle Dinge, gewiß. Die vitalsten Bedürfnisse der arbeitenden Massen erforderten die erste Regelung. Die weitere, der der kulturellen, hat seit 1918 einen starken Auftrieb erfahren. Die Monarchie, die jedes kulturelle Streben der Arbeiterschaft erschwerte, mußte erst fortgesetzt werden, um den Weg zu ebnen auch für das kulturelle Schaffen der proletarischen Massen.

Das alte Cassellesche Wort über die „verdammte Bedürfnislosigkeit“ des Arbeiters wird der Vergangenheit angehören, je mehr sich die Arbeiterschaft der hohen ethischen Ziele des Sozialismus bewußt wird. Ueber die Sicherung der Lebensbedingungen hinaus findet heute die Arbeiterschaft in steigendem Maße die Wege und das Selbstvertrauen, aus eigener Kraft an den kulturellen Gütern des Lebens teilzunehmen, sich diese Güter zu sichern.

Stark, selbstbewußt und zielicher breiten sich die Organisationen aus, die der Pflege und Weiterverbreitung proletarischer

Kultur dienen. Gefangs-, Sprech- und Bewegungschöre meistern in hervorragender Weise ihre Aufgabe, stehen auf achtungsgebietender Höhe und bringen der Arbeiterschaft und darüber hinaus unseren Gegnern die starken Kräfte der ideellen Seite des Sozialismus zum Bewußtsein.

Eigener Wille und eigene Kraft schufen die proletarischen Jugendweihen. Wurzelnd in der Ideenwelt des Proletariats, zeigen



diese Weihen dem jungen, ins harte Leben tretenden Menschen Ziel und Weg.

Hohen ethischen Wert haben auch die proletarischen Feiern. Erden- und wirklichkeitsnah, himmlischen Phantomen fern, findet die Arbeiterschaft die Erbauung und innere Festigung, die sie im Lebenskampf sucht und braucht.

Kultur will eräcämpft sein, auch für die kommende sozialistische Gesellschaftsordnung. Die bisherigen Erfolge sozialistischen Kulturtrebens müssen in breiter Öffentlichkeit gezeigt werden. Dieser Aufgabe hat sich die Nürnberger Arbeiterschaft unterzogen und am 1. November in der Morisshalle die Kulturausstellung der SPD, die Arbeiter-Kulturwoche, unter starker Beteiligung der Arbeiterschaft und des Reichsbanners eröffnet.

Im Mittelsaal der Ausstellung, der das Wirken der SPD in der Nürnberger Kommune zeigt, wurde der Reichsminister des Innern Severing und die erschienenen Gäste im Auftrage des Kulturkartells von dem Genossen Loßmann begrüßt. Mit Gesang leitete der Volkschor Nürnberg die Feier ein.

Loßmann wies einleitend darauf hin, daß die Arbeiterschaft es war, die sich 1918, als das neue Deutschland entstand, auf den Boden dieses Staates stellte und auch diesen neuen Staat verteidigte. Die Behauptung von der Ideenlosigkeit des Marxismus, der keine positiven Werte schaffe, soll durch die Ausstellung zurückgewiesen werden. Daß die freiorganisierte und sozialistische Arbeiterschaft auf kulturpolitischem Gebiete achtungsgebietendes geschaffen hat, wird die Ausstellung zeigen. Die kulturellen Errungenschaften des Sozialismus haben einen derartigen Umfang erreicht, daß die Ausstellung nur als ein Querschnitt zu betrachten ist.

Reichsinnenminister Severing betonte in seiner Eröffnungsrede, 1918 traten die Arbeiterorganisationen nicht nur auf den Boden des neuen Staates, sondern vereinigt und geschlossen stellten sich diese als treue Hüter dieses Staates zur Verfügung. Selbst vorher hat die Arbeiterschaft am Aufbau des Staates mitgewirkt. Kein anderer als Karl Bröger, in Nürnberg beheimatet, hat zum Ausdruck gebracht, daß Deutschlands ärmster Sohn auch sein getreuester war. In der Republik hat sich dieser Anspruch vollkommen bewahrheitet. Severing wies weiter darauf hin, daß er nicht als Vertreter einer Arbeiterorganisation hier spricht, sondern als Reichskulturminister. In die Vergangenheit weisend sagte er, daß Bebels Gesellenbuch, das hier ausgestellt ist, der Spruch ziert: „Gott segne das ehrsame Handwerk.“ Die englische und französische Arbeiterschaft hatte damals bereits erkannt, durch eine große Arbeiterorganisation eine Besserung für das arbeitende Volk zu erreichen. Dem deutschen Arbeiter jedoch mußte man erst seine erbärmliche Lage klar machen. Die Ausstellung zeigt, daß Selbsthilfe Großes erreichen kann.

Oberbürgermeister Dr. Luppe begrüßte die Gäste im Auftrage der Stadtverwaltung. Die Stadt habe gern die Räume für diese Veranstaltung zur Verfügung gestellt und mit Material und Ausstellungsgegenständen unterstützt. Nicht nur die Anhänger

der Sozialdemokratischen Partei und der sonstigen Arbeiterorganisationen finden interessanten Einblick in das Wirken und Schaffen der Arbeiterschaft, sondern auch politisch Andersdenkende können viel Lehrreiches in dieser Ausstellung feststellen. Stark ist der Drang der Arbeiterschaft nach Kulturgütern. Die Ausstellung zeigt, daß die Arbeiterschaft sich nicht allein auf öffentliche Wohlfätigkeit verläßt, sondern aus eigener Kraft versucht zu schaffen, was nötig ist. Bewiesen ist auch, daß die Menschen nicht nur vom Brot leben, sondern auch einen Hunger nach Kultur haben. Tausende, die heute noch fernstehen, werden die Ueberzeugung gewinnen, die Arbeiterbewegung ist das, was sie sagt: eine Kulturbewegung.

Ein Rundgang durch die Ausstellung, an der auch unser Verband beteiligt ist (neben- und untenstehende Bilder geben Proben davon), zeigt eine Fülle von reichhaltigem Material. Vom Mittelsaal aus gelangt man zu dem Ausstellungsraum der „Fränkischen Tagespost“ (das Parteorgan für Nürnberg-Fürth und Umgegend). In anschaulicher Weise wird der Werdegang einer Zeitung vom Manuskript bis zur fertigen Zeitung demonstriert. Zahlreiche Bücher, verschiedene Wissensgebiete behandelnd, zeigen die Tätigkeit des Parteiverlages auf. Bemerkenswert ist noch, daß die „Fränkische Tagespost“ die einzige sozialistische Zeitung ist, die das Sozialistengesetz überstanden hat.

Das Reichsarchiv der SPD stellt alte Dokumente und Briefe aus den Anfängen der sozialistischen Bewegung zur Schau. Mit gemischten Gefühlen liest man auch in dem Reisepaß von Karl Marx, daß alle Behörden ihm Schutz und Hilfe angedeihen lassen sollen. Wertvolles, einem großen Kreis selten zugänglich gemachtes Material ist hier zu sehen.

Weiter folgen die Räume des Arbeiterradfahrer-Bundes. Vom ersten Lauftrad, vom Germanischen Museum zur Verfügung gestellt, verfolgt man die Entwicklung des Fahrrades, dessen Fabrikation auch von der Arbeiterschaft übernommen wurde.

Die Naturfreunde zeigen an reichhaltigen Bildersammlungen, Modellen und beleuchteten Diapositiven das Wirken für eine Körperkräftigung und Erholung des in harter Fron tätigen Menschen. Daß die Arbeiterschaft auch mit geringen Mitteln die Natur in Licht, Luft und Sonne erleben kann, dafür legen die Naturfreunde ein breites Zeugnis ab.

Don aufopfernder Nächstenliebe spricht auch der Raum der Arbeiterjanitätskolonne. Beispiele schneller, opferbereiter Hilfe sind des öfteren schon über unsere Kreise hinaus bekanntgeworden.

Don großer Rührigkeit sprechen auch die vom Arbeiterradio-Bund ausgestellten Apparate. Bewunderung muß man den Bastlern zollen, die nach harter Tagesarbeit derartig sensible, hochwertige Apparate herstellen. Immer mehr und mehr wird die Bedeutung des Rundfunks auch in Arbeiterkreisen erkannt.

In langen Bastelabenden haben auch die Roten Falken aus ihrem Leben viel Schönes und Lehrreiches hergestellt, die Arbeiterwohlfahrt, desgleichen GEG., der Konsum Nürnberg-Fürth, ADGB, AfA und Gewerkschaften stellen in den oberen Räumen aus.



In allen Abteilungen zeigen sich der Wille, die Kraft und die Fähigkeit, kulturelle Güter zu schaffen. Es würde zu weit führen, all die Organisationen aufzuzählen, die Zeugnis von ihrem Wirken im Sinne des Sozialismus ablegen. Zeugnis wird die Ausstellung dafür ablegen, daß Einigkeit und Geschlossenheit Großes schafft. Der Wille der Arbeiterschaft wird bestimmen, in welchem Maße auch sie an den Kulturgütern des Lebens teilnimmt. F. Reich.

Weitere Stimmen der Gewerkschaftspresse zur Verschmelzung der drei Verbände der öffentlichen Betriebe und des Verkehrs

„Holzarbeiter-Zeitung“: In weit höherem Maße als die seitlich vollzogenen Verschmelzungen von Gewerkschaften bedeutet dieser Zusammenstoß einen Markstein in der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Die großen Organisationen, die sich jetzt vereinigt haben, sind verhältnismäßig spät ins Leben getreten. Man muß sich vergegenwärtigen, daß die Gewerkschaften in ihren ersten Anfängen Organisationen von Handwerkergejellen waren. Als sich die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland zu entwickeln begann, war die Zahl der Ungelernten, die neben den Handwerkergejellen in den Betrieben beschäftigt wurden, unbedeutend, sie werden auch meist nicht von der Organisation erfaßt. Das hat sich inzwischen geändert, aber auch heute noch nimmt die älteste Gewerkschaft, der Verband der Deutschen Buchdrucker, nur gelernte Arbeiter auf; für die Hilfsarbeiter gibt es eine besondere Organisation. ... Eine eigene Entwicklung hat der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter genommen. Sein Anspruch, die Arbeiter der verschiedenartigsten Berufsgruppen zu umfassen, sofern sie von dem gleichen Unternehmer, hier also vom Staat oder der Gemeinde, beschäftigt werden, war einjangs sehr heftig umstritten. Galt doch im übrigen in der Gewerkschaftsbewegung allgemein der Grundsatz, daß jeder Verband zuständig ist für die Arbeiter bestimmter Berufsgruppen. Die Revolution des Jahres 1918 hat aber auch hinsichtlich der Gebietsabgrenzung der Gewerkschaften revolutionierend gewirkt. Sie ließ das Prinzip nunmehr so stark nach der entgegengejetzten Seite ausschlagen, daß es einiger Zeit bedurfte, um wieder zur Ruhe zu kommen. Waren die Gemeinde- und Staatsarbeiter ihres abweichenden Organisationsprinzips wegen bisher in der Gemeinschaft der Gewerkschaften gewissermaßen nur geduldet, so erlebten sie auf dem Gewerkschaftsfesttag in Leipzig 1922 die Genugtuung, daß ihr Organisationsprinzip der gesamten Gewerkschaftsbewegung geradezu als Muster hingestellt wurde. Von der damals von manchen Heißhörnern geforderten Umgruppierung der gesamten Gewerkschaftsbewegung wurde allerdings Abstand genommen. Als die Gemüter sich beruhigt hatten, sah man allgemein ein, daß auf dem Gebiete der Organisationsform mit Zwangsmaßnahmen nichts zu erreichen ist. Versuche nach dieser Richtung erlitten sie sich um so mehr, als die in den letzten Jahren vorgenommenen freiwilligen Verschmelzungen von Verbänden den Weg zeigen, den die Entwicklung nimmt. ... Die Verschmelzung des Verkehrsverbands mit dem Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband unter Hinzunahme des kleinen Verbandes der Gärtnere ist die bedeutendste Verschmelzungsaktion, die man bisher in der Geschichte der Gewerkschaften erlebt hat. Dabei ist der neue Verband in seinem Umfang noch nicht abgeschlossen. Der Verschmelzungsgebanke wurde in den beteiligten Kreisen schon lange erzwungen. Insbesondere wurden auch die Verbände der Eisenbahner, der Berufsfeuerwehrentente sowie der Maschinenisten und Feizer in die Kombination einbezogen. ... Es wurde auch daran gedacht, die Reichsgewerkschaft deutscher Kommunalbeamten der zu

schaffenden Großorganisation anzugliedern. Auf dem Gründungsverbandsstag erklärten die als Gäste anwesenden Vertreter der Eisenbahner und der Kommunalbeamten, daß in ihren Verbänden der Gedanke des Anschlusses an die Großorganisation weiter gefördert werde. Noch weiter ging der Vertreter der Berufsfeuerwehrentente, der bereits den Anschluß seiner Organisation für die nächste Jahreswende in Aussicht stellte. — Mit der Schaffung der neuen riesigen Organisation werden eine Menge von Reibungsstellen, die Anlaß zu unerfreulichen Grenzreitigkeiten gaben, radikal beseitigt. Das ist ein nicht zu unterschätzender Vorteil. Andererseits darf aber auch nicht übersehen werden, daß die Schaffung dieser riesigen Organisation ein Experiment ist. Man darf aber das Vertrauen haben, daß es gelingt, und auch unvorhergesehene Schwierigkeiten, soweit sich solche ergeben sollten, überwunden werden.

„Allgemeine Deutsche Beamtenzeitung“ (Organ des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes): Die Gründung des „Gesamtverbandes der Arbeitnehmer öffentlicher Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs“ mit seinen 700 000 Mitgliedern bedeutet auch für unseren „Allgemeinen Deutschen Beamtenbund“ wie für die gesamte Beamtenbewegung überhaupt eine wichtige Etappe. Aus dem Ausführenden des Reichertstatters Kollegen Polenske zeigt sich klar, daß das „gemischte“ Organisationsprinzip im neuen Gesamtverband nicht nur entwicklungsmäßig zu bewerten ist, sondern daß der neue Verband aus grundsätzlichen Auffassungen heraus die gemeinsame Organisation von Arbeitern, Angestellten und Beamten vertritt. Die Gegner der „gemischten“ Organisationsform werden argwöhnisch der programmatischen und sachgemässigen Grundfragen des Gesamtverbandes nicht mehr die Behauptung glaubwürdig machen können, daß die Beamten nur ein Anhängsel der Arbeiterchaft seien und infolgedessen ihre eigenen Forderungen nicht mit dem nötigen Nachdruck vertreten könnten.

Der „Gewerkschaftliche Wirtschaftsdienst“ (Wirtschaftskorrespondenz für die Gewerkschaftspresse), der in diesem Falle von dem „Bekleidungsarbeiter“, der „Bergbau-Industrie“ und dem „Kupferschmied“ benützt wurde, sagt zum Schluß:

Mit einer Mitgliederzahl von rund 700 000 wird die neue Großorganisation auch dem Metallarbeiterverband die stärkste Gewerkschaft innerhalb des ADGB sein. Die Belange der in dem Gesamtverband vereinigten Arbeiter und Beamten der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs sind sehr verschiedenartig. Es wird einer erprobten Organisationskunst bedürfen, um ihre Wünsche und Bedürfnisse in einer starken einheitlichen Kraft auszulassen zu lassen. Wir haben zu dem leitenden Personal das Vertrauen, daß dies gelingt. Jedenfalls begrüßt die gesamte Gewerkschaftsbewegung die neue Großmacht und wünscht ihr eine glückliche Zukunft.

Aus Politik und Volkswirtschaft

Das Volksbegehren der Hitler, Hugenberg und Seldt hat Teile des deutschen Volkes wochenlang in Atem gehalten. Dennoch sind knapp über 10 Proz. aller Wahlberechtigten zu den Eintragungslökalen gepilgert und haben dort ihr Defo dafür eingelegt, daß der Young-Plan abgelehnt wird. Man kann als sicher annehmen, daß von diesen 4,1 Millionen Menschen kaum die Hälfte sich der Tragweite ihres Handelns bewußt gewesen sind. Die meisten wollten lediglich Demonstrationspolitik treiben. Hinzukommt noch, daß namentlich auf dem flachen Lande ein rückwärtsloser Terror ausgeübt wurde, der das Stimmenverhältnis nicht unwesentlich beeinflusst hat. In den östlichen Gefilden, wo die Großgrundbesitzer herrschen, sind die Eintragungen zum Volksbegehren teilweise über die Stimmzahl hinausgegangen, die für die Parteien, welche das Volksbegehren stützten, bei der letzten Reichstagswahl abgegeben sind. In allen anderen Landesstellen sind selbst große Teile der Hugenberg-Wähler zu Hause geblieben. Bei der letzten Reichstagswahl hat die Deutschnationale Volkspartei 4,7 Millionen Stimmen erhalten. Die Nationalsozialisten und die Christlich-nationale Bauernpartei hatten es auf je 800 000 Stimmen gebracht. Das sind insgesamt 6,3 Millionen Wähler, von denen sich jetzt rund 4,1 bis 4,2 Millionen zur Unterschriftleistung beim Volksbegehren bereitgefunden haben. Es ist also im ganzen ein großer Reinfall. Die wüste Agitation hat nicht sehr viel geholfen. Dennoch ist es eine betrübende Tatsache, daß sich überhaupt mehr als 4 Millionen Menschen fanden, dieser unjinnigen Gesetzesvorlage ihre Stimme zu erteilen. Zu eigentümlichen Resultaten kommt man, wenn man die einzelnen Wahlkreise durchgeht. An der Spitze steht Pommern, wo 33,12 Proz. der Stimmberechtigten sich eingezeichnet haben. Dann folgt Ostpreußen mit 24,66 Proz., Mecklenburg mit 20,86 Proz., Ostthannover mit 19,85 Proz. usw. Aber es dürfte sehr beschämend sein, daß selbst in Wahlkreisen wie Mersburg und Thüringen 18,67 bzw. 16,30 Proz. Wähler sich fanden, die für das Hugenbergische Volksbegehren ihre Unterschrift hergaben. Ganz sprachlos dürfte aber jeder sein, wenn er das Verhältnis von Sachsen betrachtet. Im Wahlkreis Chemnitz-Zwickau, ein hochindustrieller Bezirk, hat die Hugenbergische Agitation 15,91 Proz. der Einzeichnungslisten gelockt. Es dürfte mithin

als eine Tatsache zu bezeichnen sein, daß die Demagogen Hugenberg und Hitler in den Kreisen der gewerblichen Bevölkerung einen gewissen Anhang besitzen. Es ist noch nicht sicher, ob es zum Volksentscheid kommt. Kommt es dazu, dann müßten die Hugenbergleute mehr als 20 Millionen Stimmen aufbringen. Dies wird eine Unmöglichkeit sein. Aber immerhin könnte der Versuch gemacht werden und eine neue Welle lügenhafter Agitation ginge über das Land. Was die organisierte Arbeiterschaft anbelangt, so hat sie ganz andere Schmerzen, als die, welche den Hirnen der Leute um Hugenberg entspringen. Sie wollen eine friedliche Entwicklung nach der Richtung einer gesicherten Auslands politik, sie wollen im Innern eine Durchbringung des Staates und der Wirtschaft mit den lebendigen unverbrauchten Kräften des arbeitenden Volkes. Dafür werden sie sich einsetzen, aber nicht für einen solchen plumpen Schwindel, wie er im verflochtenen Volksbegehren zutage trat.

Reichs- und Staatsarbeiter

Hilfe für die arbeitslos werdenden Reichsarbeiter im besetzten Gebiete! Im besetzten Gebiet ziehen Engländer, Franzosen und Belgier sich erfreulicherweise immer mehr zurück. Bald wird der Tag erreicht sein, wo deutsches Gebiet wieder reiflos befreit ist. Es gibt bestimmt, von den 4 Millionen Volksbegehrlern abgesehen, keinen vernünftig denkenden Menschen in Deutschland, der diese Befreiung nicht mit außerordentlicher Freude begrüßen dürfte. — Aber wie alles im Leben seine zwei Seiten hat, so bringt auch diese Befreiung für einen Teil der dort wohnenden Menschen eine — wenn auch hoffentlich nur vorübergehende — wirtschaftliche Notlage. Das sind in erster Linie die bei den Reichsbehörden im besetzten Gebiet seitlich beschäftigt gemessenen Arbeiter und Angestellten. Um nun diesen Personen ihren Uebergang von der einen zur anderen Dienststelle zu erleichtern, hat die sozialdemokratische Fraktion einen Antrag eingereicht, in dem verlangt wurde: Die Gewährung von Umzugs- und Trennungunterstützungen, die Erhöhung eines eventuellen Uebergangsgeldes bei freiwilligem Ausscheiden und schließlich eine Pensionierung mit Reichszuschuß aller über 60 Jahre alten Arbeiter und Angestellten, soweit sie mindestens fünf Jahre im Dienste des Reiches, eines Landes oder einer Kommunalverwaltung beschäftigt waren und

infolge der Freiwerdung des besetzten Gebietes arbeitslos werden. — Unterbreiten ist nun auch ein Antrag Becker (Hessen) und Genossen beim Reichstag eingegangen. Dieser Antrag besagt:

„Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen, schon jetzt Maßnahmen vorzubereiten, um die bei der Rheinlandräumung freizuerwerbenden Beamten und Angestellten anderweitig unterzubringen.“

In diesem Antrag ist also im Gegensatz zu dem Antrag der sozialdemokratischen Fraktion nur von den Beamten und Angestellten die Rede, während man es anscheinend nicht für notwendig hält, auch für die Arbeiterschaft etwas zu tun. Doch darüber hat ja letzten Endes der Reichstag das Wort, und wir sind überzeugt davon, daß die sozialdemokratische Fraktion, und wie wir zuversichtlich hoffen, auch die Zentrums- und die demokratische Fraktion dafür Sorge tragen werden, daß hier zwischen den Beamten, Angestellten und Arbeitern kein Unterschied gemacht wird. Allerdings — und das ist außerordentlich bedenklich — scheint auch das Ministerium für die besetzten Gebiete selbst der Meinung zu sein, daß man in Deutschland tatsächlich immer die Unterschiedsmerkmale nicht nur bei den Beamten, sondern auch noch zwischen den Angestellten und Arbeitern hervorheben muß; denn die bis jetzt den Organisationen zur Beratung vorgelegten Verfügungen des Ministeriums für die besetzten Gebiete, an den Herrn Präsidenten der Reichsvermögensverwaltung für die besetzten Gebiete gerichtet, lassen leider klar erkennen, daß die Arbeiter dabei wieder am schlechtesten behandelt werden. Die maßgebende Verfügung für die Arbeiterschaft lautet nämlich:

„Im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsminister der Finanzen genehmige ich, daß die Arbeiter Ihrer Verwaltung, die bei Ihnen entbehrlich werden und aus diesem Anlaß in eine besondere Notlage geraten, im Rahmen der Ihnen zur Verfügung stehenden Mittel Lohnzuschüsse gewähren. Gleiches gilt für Arbeiter, die bei Festungsbehörden und Besatzungsbehörden entbehrlich werden.“

Hier ist also die ganze Hilfe in das Ermessen des Präsidenten der Reichsvermögensverwaltung und der ihm untergeordneten Organe gestellt, und was das Schlimmste ist, die ganze Verfügung ist wieder von der besonderen Notlage des einzelnen abhängig gemacht. Daß wir uns mit dieser Lösung nicht einverstanden erklären können, haben wir bereits bei der erwähnten Besprechung im Ministerium für die besetzten Gebiete zum Ausdruck gebracht. Es ist bedauerlich, daß man heute immer noch und immer wieder bei solchen Anlässen darauf aufmerksam machen muß, daß der Arbeiter zum mindesten für sich in Anspruch nehmen kann, genau so behandelt zu werden wie andere Volkskreise. In diesem Falle aber wäre eine gleiche Behandlung noch besonders am Platze gewesen; denn die Arbeiter haben genau so unter der Besatzung zu leiden gehabt wie die Angestellten und Beamten. Das Reichsministerium für die besetzten Gebiete wird also erneut zu der Angelegenheit Stellung nehmen müssen. Wir hoffen, im wirklich positiven Sinne.

Sandstraßenwärter

Hannover. Zu einer imposanten Kundgebung gestaltete sich die gemeinsame Versammlung der Sandstraßen- und Chausseewärter der Kreise: Hannover, Linden, Burgdorf, Springe, Fallingb., Hestel und Neustadt am 3. November d. J. in Hannover: 300 Kollegen, welche teilweise 30 bis 50 Kilometer vom Tagungsort entfernt wohnen, bewiesen durch ihre Teilnahme ihr lebhaftes Interesse an den wirtschaftspolitischen Vorgängen und denen unseres Verbandes. In einem eingehenden Referat wies Kollege Müller auf die Bedeutung der Gemeindeväher im allgemeinen und im besonderen für die Sandstraßenwärter hin. Von dem Ausfall der Wahlen hängt bis zu einem gewissen Grade das Wohl und Wehe der Wärter ab. Alle an der Aussprache beteiligten Kollegen betonten, daß man aus der Vergangenheit ersehe, daß nur die Sozialdemokratie sich immer für die Sandstraßenwärter sowie überhaupt für die werktätige Bevölkerung wirksam eingesetzt habe. — Der Bericht über unseren letzten Verbandstag und über den ersten Verbandstag des Gesamtverbandes wurde mit Befriedigung aufgenommen. Lebhaft bedauert wurde, daß verschiedene Kreise sich weigern, die von der Provinz für die Chausseewärter beschlossene Ruheohnordnung zu übernehmen.

Internationale Rundschau

Der Kampf um die kommunale Gaswirtschaft in Belgien. Der belgische Verband unserer Internationale befindet sich in einem erbitterten Kampfe für die Interessen der öffentlichen Wirtschaft, die sich mit denen ihrer organisierten Mitglieder völlig decken. Es handelt sich um die Aufrechterhaltung und Ausdehnung der kommunalen Gaswirtschaft. So wie das deutsche versucht auch das belgische Grubenkapital fortwährend die kommunalen Gaswerke stilllegen zu lassen und sie durch Ferngasversorgung überflüssig zu machen. Anfang dieses Jahres haben sich eine Reihe von privaten Gesellschaften, von denen einige Kokereien

besitzen, und andere bereits in der Gasversorgung tätig sind, zusammengeschlossen, um mit vereinten Kräften den Kampf um die Ferngasversorgung zu führen. Sie haben dafür eine Gesellschaft, die „Distrigas“ mit einem Kapital von 5 Millionen Franken gegründet. Von den 5000 Aktien hat die auch in Deutschland bekannte Continentale Gasgesellschaft den Hauptanteil, nämlich 4850 Stück, übernommen. Bereits im September wurde das Kapital dieser Gesellschaft auf die beträchtliche Summe von 50 Millionen Franken erhöht. Von den neuen Aktien übernahm die Continentale Gasgesellschaft allein 15 000; der Rest wurde von 4 anderen Gesellschaften gezeichnet. Der Kampf um die Gasfernversorgung wird mit den gleichen Argumenten wie in Deutschland geführt, ebenso die Abwehr durch die Städte. — Die Gasversorgung von Antwerpen erfolgt durch eine private Gesellschaft, die schon erwähnte Continentale Gasgesellschaft. Deren Konzession läuft aber in kurzer Zeit ab, und so bestände für die Stadt die Möglichkeit, die Vertragsverlängerung zu verweigern und die Gasversorgung selbst in die Hand zu nehmen. Der belgische Gemeindearbeiterverband setzt sich hierfür mit aller Entschiedenheit ein. Er hat in diesen Kampf in einer Weise eingegriffen, die die Aufmerksamkeit der ganzen Antwerpener Bevölkerung erregte. Allerdings waren ihm auch dafür die Umstände günstig. Durch eine Untersuchung vermochte er festzustellen, daß der Gehalt an Kohlenoxyd im Gas zwei- bis dreimal so groß ist, als er sein darf, und daß dadurch der Verbrauch dieses Gases in den Haushalten gesundheitsgefährlich, ja geradezu lebensgefährlich werden kann. Der Verband erließ im Juli und September Manifeste an die Bevölkerung, indem er auf diese skandalösen Zustände hinwies und aufforderte, sich eine Belieferung mit solchem Gase nicht gefallen zu lassen. Durch die Aufdeckung solcher Mißstände versucht die Organisation, die Stadtverwaltung mit ihrer bürgerlichen Mehrheit zu beeinflussen, die Konzession der Gesellschaft nicht mehr zu verlängern. Würde es dem Verband gelingen, dies durchzusetzen, so wäre natürlich eine der stärksten Positionen der privaten Gasversorgung in Belgien gewonnen und der öffentlichen Wirtschaft ein großer Dienst geleistet.

Rundschau

Johannes Guttman †. Bei Redaktionsluß der heutigen „Gewerkschaft“ erhalten wir die traurige Nachricht, daß unser mehrjähriger Mitarbeiter Johannes Guttman gestorben ist. Er hatte bereits das hohe Alter von 76 Jahren erreicht, als er zum ersten Male unter dem Pseudonym Joh. Gut seine Feder in den Dienst der „Gewerkschaft“ stellte mit einer Artikelserie über „Naturentwicklung und Weltanschauung“. Die leichtverständlichen und doch in die Tiefe der Materie eindringenden Aufsätze fanden bei unserer Leserschaft so gute Aufnahme, daß die Schriftleitung der „Gewerkschaft“ den immer freundlichen und dienstbereiten alten Herrn aufforderte, weiter an unserer Zeitschrift mitzuarbeiten. So schrieb er weitere Artikelserien über „Biologie — die Wissenschaft vom Leben“, „Die Entstehung und Entwicklung des Menschengeschlechts“, „Die deutsche Literatur“ und schließlich, noch eine Aufsatzreihe über „Die ausländische Literatur“. Mit Ausnahme der letztgenannten Artikel sind alle diese Aufsätze in Broschüren zusammengefaßt und in der Schriftenreihe „Zur Aufklärung und Weiterbildung“ im Verlag unserer Abteilung „Bücher und Schriften“ erschienen, die viel Beachtung gefunden haben und infolgedessen einen großen Umsatz erzielten. — Johannes Guttman hat ein Alter von über 84 Jahren erreicht. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Eine neue Halle für die Leipziger Baumeße. Da die im Frühjahr 1929 eröffnete Baumeßhalle 19 sich bereits während der Herbstmesse als zu klein erwies und die Platzbestellungen für die am 2. März 1930 beginnende Frühjahrsmesse schon heute über den zur Verfügung stehenden Raum hinausgehen, ist der Beschluß gefaßt worden, von der seit längerer Zeit geplanten neuen Baumeßhalle 20 mit 12 000 Quadratmeter Grundfläche zur Frühjahrsmesse 1930 einen Teilabschnitt im Ausmaß von ungefähr 5000 Quadratmeter fertigzustellen. Die neue Baumeßhalle 20 wird nach ihrer Vollendung die Hallen 19 und 21 miteinander verbinden. In ihrem äußeren Eindruck wird sie der Halle 19 angepaßt, wobei Glas als Baustoff weitest gehende Verwendung finden wird. Ein Mauersockel von 5 Meter Höhe dient einer 12 Meter hohen Glaswand als Unterbau, so daß die neue Halle von Licht durchflutet sein wird. Sie ist auf 50 Meter freitragend gespannt, wobei im Innern der Halle alle Binderstützen unsichtbar sind. Der von Architekt BDA. Schiemichen entworfene Hallenneubau wird während der Frühjahrsmesse in erster Linie die Abteilung „Innenausbau“ beherbergen.